

**Ihre Meinung interessiert uns!**

Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Stärken und Schwächen der Geistes- und Sozialwissenschaften? Werden sie ausreichend gefördert? Wo bestehen Defizite? Wie könnte die Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz verbessert werden?

**Mailen Sie uns:** [kuebli@sagw.ch](mailto:kuebli@sagw.ch)



**a<sup>+</sup>** Mitglied der  
Akademien der Wissenschaften Schweiz

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie engagieren sich insbesondere in den Bereichen **Früherkennung** und **Ethik** und setzen sich ein für den **Dialog** zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. [www.akademien-schweiz.ch](http://www.akademien-schweiz.ch)

---

## Impressum

Bulletin 4, Dezember 2007. Erscheint viermal jährlich.

**Herausgeberin:** Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,  
Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern  
Tel. +41 (0)31 313 14 40, Fax +41 (0)31 313 14 50, [sagw@sagw.ch](mailto:sagw@sagw.ch), [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch)

**Auflage:** 2600 Ex.

**Redaktion:** Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk), Martine Stoffel (ms), Marlis Zbinden (zb), Nadja Birbaumer (nb)

**Bilder:** SAGW

**Layout:** Daniela Ambühl (da)

**Umschlag:** Laszlo Horvath, Bern

**Korrektorat und Druck:** Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

---

## Inhalt – Sommaire

---

### Editorial

- 5 Au revoir à Charles Kleiber – Benvenuto Mauro Dell’Ambrogio

---

### Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 7 Ergebnisse der Herbstsession  
9 Zukünftige Hochschullandschaft

---

### Akademien der Wissenschaften Schweiz – Académies suisses des sciences

- 11 ESF-ORI-Weltkonferenz zur wissenschaftlichen Integrität  
12 Denk-Schrift Energie – Schweiz muss Abkehr von fossilen Energien  
sofort angehen  
13 Let’s get personal!  
14 Symposium «Universitäres Wissen teilen – Forschende im Dialog». *Martina Arioli*

---

### SAGW-News-ASSH

- 15 Auswirkungen der neuen BFI-Botschaft  
17 «Das digitale Gedächtnis der Schweiz: Stand, Herausforderungen, Lösungswege»  
20 Recommandations pour la sauvegarde des biens culturels nationaux  
de Suisse à l’ère numérique  
22 La «Lunette d’Or» 2007  
24 Die Nationalen Wörterbücher als Schlüssel zum Verständnis  
anderer Wissenschaften

---

### Schwerpunkte – Projets prioritaires

- 25 Stellungnahme zu den «Energieperspektiven 2035» des Bundesamtes  
für Energie  
26 Strategie Nachhaltige Entwicklung – Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011:  
Konferenzielle Anhörung vom 5. September 2007  
28 «Generationenpolitik: Schlagwort oder Leitidee?»  
30 La médecine en mutation  
31 Aménagement du territoire en Suisse

---

**Dossier | Stiefkind Geistes- und Sozialwissenschaften?**


---

- 32 Zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften  
 33 Wissenschaft als Hilfsdienst der Wirtschaft?  
 37 Längst erkannte Probleme, ausbleibende Mittel  
 42 Die Geistes- und Sozialwissenschaften im Parlament –  
 Interview mit Doris Stump  
 43 Die Geisteswissenschaften im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU  
*Regina Schneider*  
 45 Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland: Stiefkind oder Enfant Gâté?  
*Manfred Niessen*

---

**Mitgliedgesellschaften – Sociétés membres**


---

- 48 «Promotion, was dann?». *Katharina Maag Merki*

---

**International**


---

- 49 Investment in die Spitzenforschung. *Katja Wirth Bürgel*

---

**Publikationen – Publications**


---

- 51 Halbzeit für das Historische Lexikon der Schweiz

---

**Ankündigung – Annonce**


---

- 52 Neue Kompetenzen erwerben: Weiterbildung für Geistes-  
 und SozialwissenschaftlerInnen im kulturellen Bereich  
 53 Bestellschein  
 54 Generalsekretariat

## Au revoir à Charles Kleiber – Benvenuto Mauro Dell’Ambrogio



Auf Ende Dezember 2007 tritt Staatssekretär Charles Kleiber zurück. Als er vor zehn Jahren sein Amt antrat, hat er unorthodoxe Wege beschritten: Parallel zur Publikation der Forschungsförderungsbotschaft veröffentlichte er mit der 180 Seiten starken Schrift «Die Universität von morgen» seine Vision und Vorstellung eines zukunftsfähigen Universitätssystems. Er erreichte damit, was seinem Vorgänger versagt blieb. Nach 100 Tagen im Amt wusste jeder, wer Charles Kleiber ist und was er will. Von da an hatte die Forschungspolitik ein Gesicht und eine Stimme. Mit seinem ebenso ungeteilten Bekenntnis zur Universität wie zur Notwendigkeit ihrer Reform schickte er sich an, die von ihm als «black box» charakterisierte Institution hin zur Wissensökonomie zu öffnen. Leistung, Wettbewerb, Qualität, Exzellenz und Transparenz waren die von ihm vorgeschlagenen Mittel. Weder überraschend noch originell war, dass gegen das Reformprogramm des Romands die Killerargumente Zentralismus und Bürokratisierung rasch zur Hand waren. Ebenso erwies sich der Weg zu der schon in den sechziger Jahren propagierten Hochschule Schweiz als steinig, und die durch Verfassung und Gesetz vorgegebenen Hürden zum Hochschulsystem Schweiz wurden nicht im ersten Anlauf

genommen. Diese Schwierigkeiten in der Umsetzung trugen dem Staatssekretär bisweilen den Vorwurf des Ankündigungsmanagements ein. Doch dies ändert nichts an der Tatsache, dass das, was er vor zehn Jahren angekündigt hat, nicht nur bis heute gültig ist, sondern noch an Bedeutung gewonnen hat. Ebenso wird niemand bestreiten, dass mit dem Aufbau der Fachhochschulen, der Bologna-Reform, dem Aufbau von Akkreditierungs- und Qualitätssicherungssystemen und einer verstärkt leistungsorientierten Finanzierung der Bildung und Forschung das Bildungs- und Forschungssystem der Schweiz sich in den letzten zehn Jahren radikal verändert hat. Selbstverständlich ist dieser Wandel nicht dem Tun und Lassen einer Person geschuldet. Doch Charles Kleiber hat die Zeichen der Zeit erkannt. Er hat uns gefordert, motiviert und bewegt. Dafür sind wir ihm zu Dank verpflichtet!

Die eingeleiteten Reformen wirken sich auch markant auf unsere Akademie aus. Über die wichtigsten, ab 2008 wirksamen Änderungen informieren wir Sie in den «SAGW-News». Betroffen sind nun aber nicht nur einzelne Aufgabenbereiche, sondern die Akademie als Ganzes. Neu wird die SAGW auch rechtlich und subventionstechnisch Teil der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Zahlreiche Projekte werden bereits gemeinsam mit den Schwesterakademien bearbeitet und weitere sollen 2008 in Angriff genommen werden. Entsprechend viel Raum nimmt denn auch bereits die Berichterstattung über die Aktivitäten der akademien-schweiz in

diesem Bulletin ein, und viele der laufenden und geplanten Projekte, über die wir unter dem Titel «Schwerpunkte» berichten, wollen wir im Rahmen des Verbundes realisieren.

Wie Sie unserer wissenschaftspolitischen Berichterstattung entnehmen, soll vieles von dem, was in den letzten zehn Jahren in Bewegung geriet und gebracht wurde, zu Ende geführt werden. Ein neues Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz soll nun die seit langem angestrebte gesamtschweizerische Steuerung der Hochschulen auf solider gesetzlicher Grundlage ermöglichen. Gemeinsam mit der Technologiefolgen-Abschätzung Schweiz sowie Science et Cité werden die vier Akademien als Akademien der Wissenschaften Schweiz ihren Beitrag zu dem von Charles Kleiber propagierten neuen Vertrauenspakt zwischen Wissenschaft und Gesellschaft leisten. Über die Stärkung des Nationalfonds, der Kommission für Technologie und Innovation sowie die EU-Forschung wird schliesslich die Wett-

bewerbs- und Leistungsorientierung verstärkt. Noch sind alle diese Massnahmen, welche die vor zehn Jahren angestossene Reform absichern, nicht unter Dach und Fach. Es wird am neuen Staatssekretär, Mauro Dell'Ambrogio, sein, diese Baustellen abzuschliessen. Ihm geht der Ruf eines dezidierten Machers voraus, und dies ist mit Blick auf das, was zu tun ist, eine glückliche und willkommene Fügung. Willkommen ist er uns auch, weil wir bereit sind, den uns aufgetragenen Aufgaben nachzukommen. Besonders willkommen ist er uns selbstverständlich, wenn er uns hilft, die im Dossier aufgegriffenen, längst bekannten Probleme anzugehen und die zu deren Lösung in Aussicht gestellten Massnahmen umzusetzen. In diesem Sinne benvenuto Mauro Dell'Ambrogio.

*Dr. Markus Zürcher*  
*Generalsekretär*

## Ergebnisse der Herbstsession

*(bk) In der Herbstsession wurden die Weichen für die Bildung und Wissenschaft in den Jahren 2008–2011 gestellt. Wir fassen die wichtigsten Ergebnisse zusammen.*

### **Bildung, Forschung und Innovation**

**(BFI):** Der Nationalrat folgte dem Bundesrat und dem Ständerat und bestätigte die 6 Prozent jährliches Wachstum. In den nächsten vier Jahren soll der Bund gut 21 Milliarden für Bildung, Forschung und Innovation ausgeben. Die im Nationalrat von Marina Carobbio Guscetti und im Ständerat von Fritz Schiesser gestellten Anträge, die Wachstumsrate von sechs Prozent gesetzlich abzusichern, den BFI-Bereich also von Sparmassnahmen auszuschliessen, wurden abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der SVP, die wissenschaftlichen Akademien im Forschungsgesetz nicht namentlich zu verankern und deren Gelder zu streichen. Der Nationalfonds erhält 100 Mio. Franken mehr, die Fachhochschulen hingegen müssen auf die gewünschte Erhöhung um 200 Mio. Franken verzichten.

**Pro Helvetia:** Der Nationalrat hat für die Kulturstiftung Pro Helvetia einen Vierjahreskredit von 135 Millionen bewilligt. Das sind 18 Millionen weniger, als die Stiftung selber wollte, und 8 Millionen weniger, als sie die letzten vier Jahre erhielt. Die grosse Kammer folgte damit dem Antrag des Bundesrates, der den Rahmenkredit aus Spargründen kürzte. Pro Helvetia bedauert diesen Entscheid. Abstriche bei der Vermittlung, der Übersetzungsförderung, dem Kulturaustausch wie auch bei der Unterstützung von Kulturschaffenden wären

damit unvermeidlich. Im Dezember entscheidet der Ständerat.

**Sprachengesetz:** Das Sprachengesetz wurde angenommen. Der Ständerat hatte die vom Nationalrat eingefügte Bestimmung, wonach eine Landessprache als erste Fremdsprache unterrichtet werden sollte, dem Sprachfrieden in der Schweiz zuliebe wieder gestrichen. Die für die Umsetzung des Sprachengesetzes veranschlagten Kosten betragen etwa 15 bis 17 Millionen Franken, was nach Meinung der WBK-SR einen bescheidenen Betrag darstelle, gehe es doch immerhin um die Stärkung einer für die schweizerische Identität wichtigen Sache, nämlich der Mehrsprachigkeit der Schweiz.

**Urheberrecht:** Die Änderung des Urheberrechtsgesetzes, zwei Urheberrechtsabkommen und die Anpassung des Urheberrechtsgesetzes wurden angenommen. Im Nationalrat wurden sowohl die Vorstösse von Konsumentenseite, die auf eine Senkung des Schutzes technischer Massnahmen zielten, wie auch jene der Produzenten, die auf eine Verstärkung dieses Schutzes pochten, abgelehnt. Ebenfalls chancenlos waren zwei Anträge, die eine Verschärfung der Angemessenheitskontrolle der Tarife (Art. 60 URG) zum Ziele hatten. Der Ständerat hat den vom Nationalrat beschlossenen Änderungen zugestimmt. Das Parlament hat die Vorlage 1,

die der modernen Informationsgesellschaft neue Schutzmassnahmen beschert, durch zusätzliche Schranken ergänzt. Die Vorlage 2 hingegen blieb praktisch unverändert, obwohl sie mit der Regelung des Schutzes von technischen Massnahmen wie Zugangs- oder Kopiersperren eigentlich am meisten Zündstoff enthielt.

**Biomedizin-Übereinkommen:** Der Nationalrat befürwortet die Ratifikation des europäischen «Übereinkommens zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin». Eine Minderheit, welche verlangt hatte, die Ratifikation zu sistieren, da zunächst die Beratung des Bundesgesetzes zur Forschung am Menschen abgewartet werden sollte, vermochte sich nicht durchzusetzen. Die Mehrheit folgte Bundesrat Christoph Blocher (EJPD), der es als sinnvoll erachtete, diesen Bereich international zu regeln, damit in der Forschung nicht aus Gründen des Konkurrenzdruckes Grenzen überschritten würden. Zudem werde die Handlungsfreiheit der Schweiz nicht bedeutend eingeschränkt. Dass jederzeit strengere Regeln in der Schweiz aufgestellt werden

können, wie Kommissionssprecher Hans Widmer (SP/LU) sagte, überzeugte die der Konvention gegenüber kritisch eingestellten SP-Parlamentarier.

Das Übereinkommen des Europarates regelt unter anderem grundsätzlich die Forschung am Menschen, die Zwangsbehandlung von Psychischkranken, Eingriffe ins menschliche Genom sowie die Transplantation. Im letztgenannten Bereich muss die Schweiz Vorbehalte anbringen, da das im Juli 2007 in Kraft getretene Transplantationsgesetz weniger streng ist als die Biomedizin-Konvention. Kritik am Übereinkommen kam vor allem seitens der Grünen. Sie wehrten sich insbesondere dagegen, dass Grundlagenforschung auch an Menschen zulässig sein soll, die nicht fähig sind, selbst darin einzuwilligen. Mit grosser Mehrheit angenommen wurde das Zusatzprotokoll über das Verbot des Klonens menschlicher Lebewesen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

**Stiftung Bibliomedia:** Der Zahlungsrahmen von 8 Millionen Franken für Finanzhilfen an die Stiftung Bibliomedia 2008–2011 wurde genehmigt.

## Zukünftige Hochschullandschaft

*(bk) Mit einem Gesetz will der Bund eine Basis legen für Mechanismen zur besseren Harmonisierung und Aufgabenteilung im gesamten Hochschulbereich. Im Zentrum stehen ein gemeinsames Organ von Bund und Kantonen sowie neue Regeln der Subventionierung.*

Das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz liegt als Entwurf vor und ist bis Ende Januar in der Vernehmlassung. 2012 soll es in Kraft treten. Grundgedanken sind die Akkreditierung der Hochschulen sowie eine strategische Planung mit Schwerpunktsetzungen und Normen für die Bundesbeiträge. Eine Hochschulkonferenz, welche den Fachhochschulrat und die Universitätskonferenz ersetzt, soll den institutionellen Kern bilden. Für die konkreten Geschäfte wird ein Hochschulrat zuständig sein, der ein Teil der Hochschulkonferenz ist und aus 14 Regierungsmitgliedern der Hochschulkantone zusammengesetzt ist. Den Vorsitz hat der zuständige Bundesrat, wobei vorausgesetzt wird, dass die Zuständigkeiten im Bildungsbereich in einem Departement konzentriert werden. Die Rektorenkonferenz soll insbesondere bei der Koordination mitwirken und Geschäfte für die Hochschulkonferenz vorbereiten. Als unabhängiges Beratungsorgan wird der Wissenschaftsrat neu der Hochschulkonferenz statt dem Bundesrat zugeordnet. Die Fachhochschulkommission wird aufgehoben. Hinzu kommt als Aufwertung des bisherigen Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung (OAQ) ein von der Hochschulkonferenz zu wählender, aber weisungsunabhängiger Akkreditierungsrat.

Informationen zur Vernehmlassung unter: [www.sbf.admin.ch/htm/themen/uni/hls\\_de.html](http://www.sbf.admin.ch/htm/themen/uni/hls_de.html)

### Folgende wichtige Neuerungen bringt der Gesetzesentwurf mit sich:

- Die gemeinsame und einheitliche Steuerung durch Bund und Kantone umfasst neu den gesamten Hochschulbereich. Die Vielzahl der bestehenden Koordinations- und Führungsorgane der universitären Hochschulen und der Fachhochschulen werden auf vier gemeinsame Organe (Hochschulkonferenz, Hochschulrektorenkonferenz, Akkreditierungsrat mit Akkreditierungsagentur sowie Wissenschafts- und Innovationsrat) mit klar zugewiesenen Kompetenzen reduziert. Die gesamtschweizerische Steuerungsfähigkeit des Hochschulbereichs und seine Effizienz werden dadurch markant verbessert. Die Führungsverantwortung des Bundes bei der Koordination der gemeinsamen Aktivitäten von Bund und Kantonen wird gestärkt.
- Bund und Kantone verpflichten sich zur Durchführung einer nationalen strategischen Planung auf gesamtschweizerischer Ebene und zur optimalen Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen.
- Die Ermittlung des Finanzbedarfs für den gesamten Hochschulbereich er-

folgt in einem zwischen Bund und Kantonen abgestimmten Prozess, der die Planungssicherheit für Bund, Kantone, Träger und Hochschulen sowie die Legitimation des öffentlichen Mitteleinsatzes verbessert. Insbesondere die Einführung der Referenzkosten pro Studierenden verstärkt die erforderliche Transparenz und Legitimität für die Zuteilung der öffentlichen Finanzmittel und erlaubt eine bessere Kostenkontrolle.

- Die Ausrichtung der Beiträge an die Betriebsaufwendungen erfolgt stärker leistungs- und resultatsorientiert.
- Bund und Kantone sorgen durch die Festlegung von Grundsätzen zur Qua-

litätssicherung und die Stärkung des unabhängigen Akkreditierungssystems für die Gewährleistung der Qualitätssicherung im Hochschulbereich. Mit der institutionellen Akkreditierung erhält die Hochschule das Recht, in ihrem Namen die Bezeichnung Universität oder Fachhochschule zu führen.

- Autonomie der Hochschulen und nationale Schwerpunktbildung sind als zentrale Leitlinien der zukünftigen Hochschulpolitik von allen Beteiligten anerkannt. Sie gelten als die Eckpfeiler für Exzellenz und erlauben die Bildung von international wettbewerbsfähigen Kompetenzzentren.



Akademien der Wissenschaften Schweiz  
Académies suisses des sciences  
Accademie svizzere delle scienze  
Academias svizas da las ciencias  
Swiss Academies of Arts and Sciences

## ESF-ORI-Weltkonferenz zur wissenschaftlichen Integrität

*(bk) Die «European Science Foundation» (ESF) organisierte zusammen mit dem «Office of Research Integrity» USA (ORI) vom 16. bis am 19. September in Lissabon eine Tagung zur wissenschaftlichen Integrität. Prof. Dr. Emilio Bossi, der Leiter der von den akademien-schweiz eingesetzten Arbeitsgruppe «Wissenschaftliche Integrität» nahm an dieser Veranstaltung teil.*

Die Richtlinien wissenschaftlicher Integrität schwanken erheblich zwischen den verschiedenen Ländern und den unterschiedlichen Organisationen. Auch bei allgemein anerkannten Punkten, wie der Notwendigkeit, bei Publikationen nur jene Autoren zu nennen, die einen substantiellen Beitrag geleistet haben, gibt es bei der Umsetzung erhebliche Unterschiede. Zudem fehlen weltweit gültige Definitionen der verschiedenen Arten wissenschaftlichen Fehlverhaltens.

Die Weltkonferenz zur wissenschaftlichen Integrität war das erste globale Forum, das einberufen wurde, um Forschenden, Verwaltungsangestellten, Forschungsförderungsinstitutionen, Journalherausgebern, Repräsentanten professioneller Gesellschaften und Entscheidungsträgern die Gelegenheit zu geben, Strategien zur Harmonisierung wissenschaftlicher Integritätsrichtlinien zu besprechen.

Prof. Dr. Emilio Bossi, Leiter der von den akademien-schweiz eingesetzten Arbeitsgruppe «Wissenschaftliche Integrität», nahm als Vertreter der Akademien der Wissenschaften Schweiz an dieser Konfe-

renz teil. Er berichtete über die Ergebnisse der Tagung:

Die Wissenschaftspolitik soll das Umfeld schaffen für integre Forschung in den Institutionen. Die Institutionen ihrerseits sind für die Integrität der Individuen zuständig. Es wurde vorgeschlagen, einen *Code of conduct* auf nationaler Ebene einzuführen, für *best practices* hingegen institutionelle Richtlinien zu verfassen. Allerdings gilt es zu verhindern, dass die Tätigkeit des Wissenschaftlers in einen reglementgesteuerten Beruf umgewandelt wird.

Wissenschaftliche Integrität wird zunehmend zur Netzwerk-Integrität. Demnach ist vermehrt der betreffenden Problematik innerhalb von vernetzten Systemen Beachtung zu schenken und nicht nur auf die individuelle Integrität zu achten. Mentoring scheint eine grössere positive Wirkung auf das Verhalten zu haben als Instruktion in wissenschaftlicher Redlichkeit, wobei Mentoring durch verschiedene Personen besser ist als durch eine einzelne.

Viele Beispiele wissenschaftlichen Fehlverhaltens sind von einer allgemein akzeptierten Gewichtung weit entfernt. Hinzu kommen verschiedene Gesetze und kulturelle Aspekte (z.B. bezüglich Tieren). Daher dürfte es sehr schwierig sein, gemeinsame Codices und Regelungen zu finden. Nur klare Formen von Fehlverhalten, wie beispielsweise die Fälschung, könnten eine Chance haben, eine harmonisierte Behandlung zu erfahren.

Fest steht, dass die Akademien der Wissenschaften Schweiz mit den Inhalten ihres Memorandums und des Papiers «Grundsätze und Verhaltensregeln», mit den geplanten Schritten zu deren Verbreitung sowie mit der vorgesehenen Ombudsperson und der Integritäts-Kommission

durchaus auf internationalem Niveau mitgehalten können. Beide Publikationen werden im Frühjahr 2008 gedruckt und auf dem Internet erhältlich sein:

[www.akademien-schweiz.ch](http://www.akademien-schweiz.ch).

Das OECD Global Science Forum hatte im Februar 2007 in Tokio einen Workshop über «Best Practices for Ensuring Scientific Integrity and Preventing Misconduct» durchgeführt, dessen «Unofficial Report» eine umfassende Diskussion und Zusammenfassung der bestehenden Fragen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Integrität enthält. Download unter: [www.esf.org/activities/esf-conferences/details/confdetail242.html](http://www.esf.org/activities/esf-conferences/details/confdetail242.html)

## Denk-Schrift Energie – Schweiz muss Abkehr von fossilen Energien sofort angehen

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz haben im November die Denk-Schrift Energie veröffentlicht. Diese ist ein Aufruf an die Verantwortlichen in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Wissenschaft. Sie fordert dazu auf, die effiziente Energienutzung und -versorgung konsequent anzugehen. Die Dringlichkeit der Abkehr von fossilen Energien und das Ausmass der Aufgabe sind mittlerweile so gross, dass die Schweiz sofort handeln muss.

An der Denk-Schrift Energie haben 46 Forschende verschiedener Disziplinen mitgearbeitet. Die Hauptautoren – Christoph Ritz, Marco Berg und Eberhard Jochem – stammen aus der SCNAT und der SATW.

Die Studie kann bei ProClim für Fr. 10.- inkl. Versandkosten innerhalb der Schweiz (bzw. 10 Euro im EU-Raum) bezogen werden. Sie kann auch als pdf von [www.akademien-schweiz.ch](http://www.akademien-schweiz.ch) heruntergeladen werden.

## Let's get personal!

*(bk) Am 18. September trafen sich erstmals die Mitarbeitenden aller Akademien, um sich persönlich kennen zu lernen und zu erfahren, was sich in ihrer Arbeit mit den akademien-schweiz verändern wird.*

Zu Beginn hatten die Mitarbeitenden die Möglichkeit, sich und ihre Vorstellungen einzubringen. Grundsätzlich stehen sie den akademien-schweiz positiv gegenüber. Die neue Zusammenarbeit wird als Chance für alle gewertet, so lange der administrative Apparat schlank und einfach bleibt. Eine thematische Zusammenarbeit sei wichtig und nötig. Viele können sich sogar vorstellen, alle vier Akademien gemeinsam im selben Haus anzusiedeln. Von der Geschäftsleitung erwarten die Mitarbeitenden in erster Linie Transparenz und Kooperation. Dem Wunsch entsprechend, informierte der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Markus Zürcher, die Anwesenden über die neuen Strukturen und Abläufe, aber auch über die angestrebte Kultur innerhalb der akademien-schweiz. Er verglich die akademien-schweiz mit einer «Bring-your-own-bottle-party» und betonte, dass sich die akademien-schweiz in erster Linie auf bereits bestehende Ressourcen in den einzelnen Akademien stütze. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand soll möglichst gering gehalten werden. Ingrid Kissling, Hermann Amstad und Béatrice Miller präsentierten die Ressorts Früherkennung, Ethik und Dialog. An-



Gute Stimmung unter den Teilnehmenden am ersten Mitarbeiteranlass der akademien-schweiz.

schliessend standen die Geschäftsleitung und der Präsident für Fragen zur Verfügung.

Zum Schluss gab es einen Apéro, an welchem die Mitarbeitenden Gelegenheit hatten, miteinander ins Gespräch zu kommen und den zum Teil bereits bekannten Namen Gesichter zuzuordnen. Mit diesem Nachmittag wurde ganz klar die Entwicklung eines Teamgeistes innerhalb der Akademien angeregt und damit der Grundstein für eine effiziente und fruchtbare Zusammenarbeit gelegt.

## Symposium «Universitäres Wissen teilen – Forschende im Dialog»

Martina Arioli, Universität Zürich

Wie teilen Forschende ihr Wissen zwischen verschiedenen universitären Disziplinen und zwischen globalen Kulturen? Das Symposium, welches im Rahmen des 175-Jahr-Jubiläums der Universität Zürich stattfindet, ist darauf angelegt, dialogisch Brücken zu schlagen. Es richtet sich an ein akademisches Publikum und eine interessierte Öffentlichkeit.

Universitäres Wissen ist geteiltes Wissen. Es gibt keine Einheitswissenschaft, die universitäre Erkenntnisse in ihrer Gesamtheit umfasst. Die Gegenstände wissenschaftlicher Betrachtung sind mitbestimmt durch die Betrachtungsweise der jeweiligen Disziplin: durch ihr leitendes Interesse, ihren methodischen Zugang, ihre Sprache und Geschichte. Dass disziplinäre Erkenntnisse Bestandteil universitären

Wissens werden, bedingt Mitteilung und dialogische Beteiligung – auch und gerade über die Grenzen der Disziplinen hinweg. Wissen entsteht in verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten. Dementsprechend gibt es unterschiedliche Konzepte von Wissen – universitäres Wissen ist eines davon. Es gehört zur Reflexivität der Universität, dass sie ihr wissenschaftliches Wissen in ein dialogisches Verhältnis setzt zu andern Konzeptionen und zu anderen Kulturen des Wissens.

### Kurzangaben zum Symposium:

Zeit: 17./18. März 2008

Ort: Aula, Universität Zürich

Programm und Anmeldung:

[www.175jahre.uzh.ch/symposium](http://www.175jahre.uzh.ch/symposium)

## Auswirkungen der neuen BFI-Botschaft

*(bk) In der neuen Beitragsperiode gibt es drei wesentliche Änderungen für die SAGW. Die Akademie tritt die Verantwortung für drei ihrer Unternehmen ab, konzentriert sich bei den Einzelgesuchen auf Reisekostenbeiträge für den Nachwuchs und arbeitet enger mit den anderen drei wissenschaftlichen Akademien zusammen.*

Der SAGW stehen in der nächsten Zeit wesentliche Änderungen bevor. In der kommenden Beitragsperiode 2008–2011 erhält die Akademie nicht die finanziellen Mittel, die notwendig wären. Daher suchte sie nach Lösungen, die es erlauben, dennoch alle wichtigen Projekte zu verwirklichen.

### Drei Unternehmen weniger

In ihrer Mehrjahresplanung setzte sich die SAGW klar für eine sichere Zukunft und eine gute Ausstattung der Unternehmen ein, die wir als entscheidende Infrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften erachten. Inzwischen konnten für alle Bereiche gute Lösungen gefunden werden, wobei die SAGW bei drei Unternehmen die Verantwortung abtreten wird.

- Das «Répertoire International des Sources Musicales» (R.I.S.M.), das bisher eine Sonderfinanzierung der SAGW erhielt, wird neu über den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanziert.
- Die «Kunstdenkmäler der Schweiz» (KdS) werden zukünftig direkt vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) über den Artikel 16 des Forschungsgesetzes finanziert.

– Der «Schweizerische Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften» (SIDOS) wird ein integraler Bestandteil des Forschungszentrums Sozialwissenschaften (ForS) und ist somit zukünftig auch direkt über den Artikel 16 finanziert.

Es freut uns besonders, dass das von der SAGW entwickelte ForS zustande gekommen ist und SIDOS nun in der zukunfts-trächtigen Umgebung einer Universität mit Forschung und Lehre gekoppelt ist. ForS wurde am 26. September gegründet und wird zukünftig als selbstständige Stiftung eng mit der Universität Lausanne zusammenarbeiten.

Durch die freigewordenen Mittel kann die SAGW zudem ein neues, wichtiges Projekt finanzieren: [infoclio.ch](http://infoclio.ch). Initiiert durch die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte, soll mit [infoclio.ch](http://infoclio.ch) eine digitale Plattform für die Schweizer Geschichtswissenschaft lanciert werden. Unter anderem will die geplante Arbeitsstelle das digitale Angebot bündeln und bewerten, neue Digitalisierungsprojekte anregen, sich für die Interessen der Forschenden einsetzen und der Schweizer Geschichte und ihrer Erforschung zu internationaler Resonanz verhelfen.



## Sistierung der Einzelgesuche

Wie bereits im letzten Bulletin angekündigt, wird die SAGW in der kommenden Budgetperiode 2008–2011 keine Einzelgesuche für Tagungen und Publikationen von Dritten mehr entgegennehmen. Der Schwerpunkt der Förderung wird in Zukunft auf den Reisekostenbeiträgen für den Besuch von Tagungen im Ausland für Nachwuchsforschende liegen. Von diesem Entscheid nicht betroffen ist die Förderung der Mitgliedgesellschaften.

Der Einzelförderbereich erfuhr in den letzten Jahren ein unkontrolliertes, überdurchschnittliches Wachstum. Der Impact der Unterstützung von Tagungen und Publikationen ist relativ gering, während wesentlich mehr Nachwuchsforschende von Reiseunterstützungen profitieren können. Zudem lassen sich so Doppelspurigkeiten mit dem Nationalfonds beseitigen, welcher auch Tagungen und Publikationen unterstützt. Diese Massnahme erlaubt der SAGW, sich auf ihren Grundauftrag, die Förderung der Mitgliedgesellschaften, zu konzentrieren.

## Enge Zusammenarbeit im Rahmen der akademien-schweiz

Mit dieser Neuausrichtung kann sich die SAGW sehr gut positionieren, was besonders im Hinblick auf den Verbund der Akademien der Wissenschaften Schweiz wichtig ist. Bei Redaktionsschluss wurden die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) und den Akademien der Wissenschaften Schweiz ausgearbeitet. Neu wird eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Verbund der Akademien der Wissenschaften Schweiz sowie dem SBF abgeschlossen, welche auch TA-Swiss und Science et Cité einschliesst. Im Rahmen des Verbundes sollen in den Jahren 2008–2011 neunzehn Projekte von den vier Akademien sowie den beiden Partnerorganisationen TA-Swiss und Science et Cité gemeinsam bearbeitet werden. Die SAGW ist an 17 dieser 19 Projekte beteiligt und hat bei fünf Projekten die Federführung.

## «Das digitale Gedächtnis der Schweiz: Stand, Herausforderungen, Lösungswege»

*(bk) Am 1. November 2007 fand im Zentrum Paul Klee in Bern die Herbsttagung der SAGW statt. Gut 200 Personen nahmen an der Tagung zum «Digitalen Gedächtnis der Schweiz» teil. Renommierete Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland, aus Bibliotheken, Archiven, Museen, der Forschung, Verwaltung und Politik beteiligten sich aktiv als Referenten, Moderatorinnen und als Teilnehmende. Die Anwesenden verabschiedeten ein Memorandum mit klaren Forderungen an die Adresse des Bundes, der Kantone und der Gemeinden (siehe Seite 20).*

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen enorme Möglichkeiten zur Erschliessung und Vermittlung unserer Kulturgüter. Unabhängig vom Medium Text, Bild oder Ton sind Informationen in einem bisher unbekanntem Mass per Mausclick verfügbar – die digitale Wissensgesellschaft ist Realität geworden. Diese Entwicklung stellt die Gedächtnisinstitutionen («heritage institutions», d.h. Archive, Bibliotheken und Museen) in der Schweiz vor ganz neue Herausforderungen und Schwierigkeiten, welche die Frage nach Koordination und Kooperation oder Regulierung unter Berücksichtigung des internationalen Umfeldes auf nationaler Ebene aufwerfen.

### Eine einheitliche Vision fehlt

Obwohl es sich um ein Problem von allgemeinem Interesse handelt, fehle zurzeit eine einheitliche Vision im Bereich der Datenspeicherung, erklärte Mirta Olgiati vom IDHEAP. Die Daten werden von verschiedenen staatlichen und privaten Archiven und Bibliotheken gespeichert, jedoch ohne dass gemeinsame Kriterien angewendet werden. Die Wissensproduktion wächst

exponentiell, gleichzeitig wird es immer schwieriger, den eigentlichen Urheber und den Zeitpunkt der Erstellung des Dokuments festzustellen.

### Perspektiven aus dem Ausland

Wie in der Schweiz sind auch in Deutschland verschiedene Instanzen für Kultur, Bildung und Wissenschaft zuständig, erläuterte Hans-Jörg Lieder von EUBAM (Europäische Angelegenheiten für Bibliotheken, Archive, Museen und Denkmalpflege). Mit dem TEL-Portal ([www.theeuropeanlibrary.org](http://www.theeuropeanlibrary.org)) sollen nun die europäischen Nationalbibliotheken vernetzt werden. Weiter ist der Aufbau einer Europäischen Digitalen Bibliothek (EDL) geplant, an welcher auch die Schweizer Nationalbibliothek beteiligt ist, wie Marie-Christine Doffey aus dem Publikum ergänzte. Entscheidend für die Datenarchivierung ist die Art, wie Wissen aufgebaut und strukturiert wird, ist Sheila Anderson, «Arts and Humanities Data Service» («King's College London»), überzeugt. Denkt man über Datenerhaltung nach, sollte man auch über die Datengewinnung nachdenken. Digitalisierung



Referenten der Tagung (v.l.n.r.): Daniel Nerlich, Ulrich Niederer, Marie-Christine Doffey und Walter Leimgruber

der kulturellen Überlieferung an sich wird nicht mehr als neue Technik, sondern als Normalfall verstanden, erklärte Madeleine Herren von der Universität Heidelberg. Digitalisierung allein ist aber nicht ausreichend, nach der Phase der Erschliessung sind eine Indexierung und eine Interpretation des Inhaltes notwendig.

### Der Streit um die Zuständigkeiten

Marc Wehrlin, Bundesamt für Kultur, verglich die Erarbeitung einer «Memopolitik des Bundes» mit der Erstellung einer Landkarte. Die wichtigsten Strassen, Berge, Bauten, Wälder und Sümpfe werden aufgezeigt. Er betonte jedoch, dass der Bund damit lediglich eine Grundlage zur Verfügung stellen kann, zu mehr ist er nicht berechtigt. Koordination und Kooperation sind nicht Dinge, die der Bund verordnen kann, sondern die aus den Institutionen selber entstehen müssen, ermahnte er die Anwesenden. Einen Führungsanspruch könnten die Nationalbibliothek und das Nationalmuseum oder die zuständigen Verbände beanspruchen, fand Markus Zürcher, Generalsekretär der SAGW. Es fehlt ihnen allerdings an den nötigen

Kompetenzen. Und diese braucht es dringend, um eine Regulierung durchzusetzen. Rudolf Gschwind vom «Imaging and Media Lab» der Universität Basel sieht die Zukunft in einem Kompetenzzentrum zur Langzeitarchivierung. Dass der digitale Code verlustfrei kopiert werden kann, ist für die Archivierung grundsätzlich erfreulich. Andererseits hängt die Decodierung fortan von Maschinen ab, und diese entwickeln sich sehr schnell. Es brauche daher ein Kompetenzzentrum als «Storage Service»-Stelle, die den Binärcode langfristig sicher aufbewahrt. Die Archive wären weiterhin für die Nutzung und Selektion zuständig, das Kompetenzzentrum für die technische Sicherung.

Wer nun letztlich das Problem an die Hand nehmen soll, blieb Gegenstand der Diskussion. Die Nationalrätin Kathy Riklin erklärte sich bereit, mit einer parlamentarischen Interpellation Hand zu bieten. Marc Wehrlin vom Bundesamt für Kultur wiederholte an der Podiumsdiskussion, dass der Bund keinerlei Handlungsbefugnisse in dieser Frage habe, und Dieter Imboden verneinte deutlich eine Zuständigkeit des Schweizerischen Nationalfonds, da dieser nicht für Kultur allgemein, sondern für die Wissenschaft

zuständig sei. Er spielte den Ball an die Akademien der Wissenschaften Schweiz.

### «Genug diskutiert, es ist Zeit zum Handeln»

Der Bund soll Richtlinien und die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um die Digitalisierung voranzutreiben, darin waren sich alle einig. Nicht einverstanden waren jedoch viele mit der von der SAGW ursprünglich im Memorandum vorgesehenen Idee eines Kompetenzzentrums zur Langzeitarchivierung. Stattdessen soll für die Frage der Langzeitarchivierung eine nationale Lösung gesucht werden. Nach eingehender Diskussion verabschiedeten die 210 Teilnehmenden ein Memorandum, welches die zuständigen Behörden auffordert, «notwendige und geeignete Massnahmen zur Gewährleistung der Langzeitaufbewahrung digitaler Datenbestände» in die Wege zu leiten. Die Adressaten werden insbesondere gebeten, die partnerschaftliche Koordination und Regulierung der Digitalisierungstätigkeit in Form von Kriterien, Standards und Normen sicherzustellen und «durch nachhaltige Stärkung der bestehenden Institutionen und Initiativen sowie durch Netzwerkbildung eine langfristige Lösung für die Langzeitarchivierung von



Die Postersession bot interessante Informationen über Projekte zur Digitalisierung.

digitalisierten, digital erstellten und digital erfassten Datenbeständen zu erarbeiten».

Die Zeit drängt. Im digitalen Zeitalter ist es nicht mehr denkbar, dass bis zur Archivierung zwanzig Jahre vergehen. Bis dahin wären die verwendeten Technologien vermutlich nicht mehr bekannt. Ausser es gäbe bis dahin, wie an der Tagung mit Augenzwinkern proklamiert, die neue wissenschaftliche Disziplin «IT-Archäologie».

Viele Unternehmen der SAGW sind wichtige Träger des kollektiven Gedächtnisses:  
 Die **Nationalen Wörterbücher (NWB)**, [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch)  
 Das **Historische Lexikon der Schweiz (HLS)**, [www.hls.ch](http://www.hls.ch)  
 Das **Inventory der Fundmünzen der Schweiz (IFS)**, [www.fundmuenzen.ch](http://www.fundmuenzen.ch)  
 Die **Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS)**, [www.dds.ch](http://www.dds.ch)  
**Infoclio.ch** (in Entwicklung), [www.infoclio.ch](http://www.infoclio.ch)

## Recommandations pour la sauvegarde des biens culturels nationaux de Suisse à l'ère numérique

L'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) a organisé les 8 et 9 novembre 2007 à Berne le colloque «La mémoire numérique de la Suisse: état, défis et solutions» en collaboration avec d'éminentes organisations spécialisées. Les 207 participant(e)s ont adopté les recommandations suivantes à l'intention:

- du chef du Département fédéral de l'intérieur,
- du président de la Conférence des gouvernements cantonaux et
- du président de la Conférence des délégués cantonaux aux affaires culturelles.

Les participant(e)s soussigné(e)s recommandent vivement à la Confédération helvétique, aux cantons et aux villes

- étant donné les énormes quantités de documents papiers, sonores et images produits ou ne pouvant être obtenus que numériquement,
- étant donné la vitesse vertigineuse du développement technique et
- étant donné la volatilité de l'enregistrement qui en découle et les capacités insuffisantes pour une conservation adéquate à long terme,

d'entreprendre les mesures appropriées et indispensables afin de

**garantir la conservation à long terme des biens culturels numériques.**

Les destinataires – le Département fédéral de l'intérieur, les cantons et les villes –

sont invités à examiner en particulier les deux recommandations ci-dessous:

### (1) Coordination partenariale et régulation des activités de collection et de numérisation

Il est nécessaire d'élaborer des bases pour la coordination et la régulation d'activités de collection et de numérisation dans le cadre d'une collaboration partenariale entre les institutions spécialisées de premier plan de la Confédération, les cantons, les villes et d'autres acteurs actifs dans ce domaine. Leurs associations nationales et organisations spécialisées doivent obtenir la possibilité de mettre en œuvre la coordination et la régulation sous forme de critères, standards et normes.

### (2) Création d'un centre de compétence national pour l'archivage à long terme des biens culturels numériques

Le Département fédéral de l'intérieur est invité, avec les cantons et les villes, à examiner la création d'un centre de compétence pour l'archivage à long terme des biens culturels numérisés, créés et enregistrés numériquement. Les institutions spécialisées dirigeantes de la Confédération, des cantons, des villes, ainsi que les autres acteurs actifs dans ce domaine ainsi que leurs associations devraient être intégrés en tant qu'autorités responsables et

transmettre au centre de compétence les tâches suivantes:

- garantie de l'utilisation technique des données,
- régulation dans le domaine de la sauvegarde,
- évaluation régulière des infrastructures existantes et identification du besoin de développer une collaboration avec des tiers (universités et entreprises privées) et
- fonctions de coordination tant au niveau technique que du contenu ainsi que dans la formation.



Les participant-e-s au colloque d'automne qui étaient plus de 200 ont adopté un mémorandum.

## La «Lunette d'Or» 2007

Le Prix Média de l'ASSH la «Lunette d'Or» est attribué à Helmut Stalder pour l'édition spéciale «125 Jahre Gotthardbahn» du Tages-Anzeiger

(ms) Cette année, la «Lunette d'Or», le Prix Média de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), est attribuée au rédacteur Helmut Stalder. Il est récompensé pour l'édition spéciale «125 Jahre Gotthardbahn», parue le 30 mars 2007 dans le Tages-Anzeiger. Le prix est doté de Fr. 10 000.–.

Le jury récompense Helmut Stalder et son édition spéciale du Tages-Anzeiger pour trois raisons: Premièrement, le transfert journalistique d'une thématique qui porte sur les sciences historiques, sociales et culturelles est excellent. Deuxièmement, Helmut Stalder a exposé de façon vivante et critique une thématique importante et symbolique pour la Suisse sous diverses perspectives. Troisièmement, l'édition spéciale prouve que la recherche scientifique et des questions actuelles sur le transport, le progrès, la technique et le contexte social peuvent être agréables à lire grâce à une grande habileté.

### Contexte de l'édition spéciale «125 Jahre Gotthardbahn»

Helmut Stalder a conçu cette édition spéciale avec un groupe de cinq auteurs et trois experts. Son but était de rassembler et de transmettre dans toute son envergure le savoir accumulé par la science sur la construction et surtout sur l'impact varié du chemin de fer du Gothard. Dans ce cadre, des aspects qui portent sur l'histoire politique, la politique régionale, la politique étrangère, l'histoire économique, structurelle, sociale, migratoire, tech-

nique et culturelle, tout comme l'entretien des monuments ont été abordés. Ainsi s'est constituée une description un peu particulière pour le domaine de la presse. Cette description a gravé les suites de la construction et de la recherche sur cette thématique dans la conscience publique.

### Informations sur le lauréat

Dr Helmut Stalder, né le 21 juillet 1966, a étudié l'histoire, la philologie allemande et la philosophie politique à Zurich, Frankfurt a. M. et à la Columbia University à New York. Le thème de sa thèse portait sur l'œuvre journalistique de Siegfried Krakauer dans la «Frankfurter Zeitung».

Depuis 1998, il est rédacteur politique au Tages-Anzeiger à Zurich et responsable, entre autres, des thèmes trafic et énergie, tout comme des thèmes historiques. En 2003, il a publié chez la maison d'édition Orell Füssli l'essai «Mythos Gotthard. Was der Pass bedeutet», une étude historique qui porte sur des aspects relatifs à la circulation, la technique et la culture en ce qui concerne ce croisement des Alpes, un des plus importants du centre de l'Europe.



D.g.à.d.: Le président du jury et membre du comité de l'ASSH, Dr Erwin Koller, le lauréat Dr Helmut Stalder et la membre du jury, Magalie Goumaz, du journal «La Liberté» lors de la remise du prix

### La «Lunette d'Or»

La «Lunette d'Or» a été créée en 2000 avec pour but de récompenser des contributions journalistiques qui transmettent des résultats de recherches scientifiques dans le domaine des sciences humaines et sociales à un grand public. Le prix récompense le travail de spécialistes des médias et de scientifiques qui rendent accessible leur travail dans le domaine des sciences humaines et sociales à un public de non-scientifiques.

Le jury est composé de neuf membres provenant du monde journalistique et scientifique de la Suisse allemande et romande. Le président du jury est Erwin Koller.

---

Pour plus d'information voir [www.assh.ch](http://www.assh.ch), rubrique prix, La Lunette d'Or.

---

### Jahresbericht 2007

Ende Oktober werden die Mitgliedgesellschaften, Unternehmen, Kommissionen und Kuratorien der SAGW wiederum gebeten, den Jahresbericht zu verfassen. Neben dem Bericht benötigen wir auch eine aktuelle Adress- und Delegiertenliste. Wie letztes Jahr wollen wir im Jahresbericht 2007 die Fotos von den PräsidentInnen unserer Mitgliedgesellschaften abbilden. Die Unterlagen sind auch auf [www.sagw.ch/jahresbericht](http://www.sagw.ch/jahresbericht) zu finden. Termin für die Mitgliedgesellschaften und Unternehmen ist der 15. Dezember, für die Kommissionen und Kuratorien der 12. Januar 2008.

## Die Nationalen Wörterbücher als Schlüssel zum Verständnis anderer Wissenschaften

Frühjahrestagung 2008 der SAGW, 24. April 2008, Zürich

*(zb) Die Nationalen Wörterbücher sind eines der grösseren Unternehmen der SAGW. Grund genug, sie in den Mittelpunkt einer Tagung der SAGW zu rücken: Die Frühjahrestagung 2008 wird sich den Trägern unserer sprachlichen Identität widmen und sie im Kontext anderer Wissenschaftsdisziplinen befragen.*

Hauptziel der Tagung soll es sein, neue Benutzergruppen an die Wörterbücher heranzuführen. Da das Bewusstsein für den Reichtum, den die Wörterbücher enthalten, nicht mehr verbreitet ist und teilweise sogar bei Experten für Linguistik in Vergessenheit geraten ist, ist diese Massnahme dringend nötig.

Besonders gut kann am Idiotikon die Bedeutung der Wörterbücher als einzigartige Quelle für andere Wissenschaftsdisziplinen aufgezeigt werden – gerade auch zum Verständnis historischer Lebenswelten. An der Tagung soll dargelegt werden, dass das Idiotikon – neben der Tatsache, dass es sich um ein Dialektwörterbuch handelt – recht eigentlich den Schlüssel enthält zu Texten verschiedenster Art

und Ursprungs, die mit unserem heutigen sprachlichen Wissen kaum noch verstanden und interpretierbar sind. Nicht zuletzt handelt es sich beim Idiotikon um eine einzigartige Dokumentationsquelle unseres materiellen und immateriellen Kulturerbes wie auch der Mentalität(sgeschichte). Der Hauptteil der Tagung soll der Vorstellung vergangener und aktueller Kooperationen und Forschungsprojekte gewidmet sein.

Eine Arbeitsgruppe ist im Begriffe, das Programm auszuarbeiten.

---

*Die Frühjahrestagung der SAGW wird am 24. April 2008 in Zürich stattfinden. Informationen dazu finden Sie ab Januar 2008 auf [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch)*

---

### Die vier Nationalen Wörterbücher

Die vier Nationalen Wörterbücher: Das sind das *Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache* (auch «Idiotikon») mit Sitz in Zürich, das *Glossaire des patois de la Suisse romande* (in Neuchâtel), das *Vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana* (Bellinzona) und das *Dicziunari Rumantsch Grischun* (Chur). Alle vier widmen sich als Dialektwörterbücher der Aufgabe, die unterschiedlichen Varianten der Standardsprache(n) zu erklären, dokumentieren und belegen. Alle vier Werke sind noch in Erarbeitung, das älteste, das Idiotikon, erschien erstmals 1881 und wird vermutlich 2020 fertiggestellt sein. Die Wörterbücher werden von vier Redaktionen erarbeitet, die sich auf umfangreiche Wort- und Belegsammlungen stützen. Die Aufbereitung dieses Materials ist sowohl Sammlungs- als auch Forschungstätigkeit und erschliesst einen sprachlich wie auch historisch und volkskundlich wertvollen Fundus.

## Stellungnahme zu den «Energieperspektiven 2035» des Bundesamtes für Energie

*(ms) In Verbindung mit der Klimaproblematik stehen heute die Fragen der Energieversorgung im Zentrum des öffentlichen wie des politischen Interesses. Diese Fragen sind nicht nur wissenschaftlich-technischer, sondern auch politischer, ökonomischer, soziologischer, soziopsychologischer und philosophischer Natur. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind also gefordert. Die Kerngruppe Nachhaltige Energieversorgung, eingesetzt durch die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, bereitet zusammen mit einem Expertenpanel eine Stellungnahme zuhanden des Bundesamtes für Energie (BFE) zu seinen erarbeiteten «Energieperspektiven 2035» vor und will eine Forschungsagenda formulieren.*

Angesichts der wachsenden Bedeutung der Frage der Energieversorgung hat die Kommission Nachhaltige Entwicklung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) in Absprache mit der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) eine Kerngruppe Nachhaltige Energieversorgung eingesetzt. Ausgehend von den durch das Bundesamt für Energie (BFE) erarbeiteten «Energieperspektiven 2035» hat die Kerngruppe ein Expertenpanel zusammengestellt, welches Ansätze und Methoden zur effizienteren Energienutzung eruiert, die in der Studie des BFE nicht berücksichtigt worden sind. In dieser Weise sollen alternative Wege zur Energieeffizienz wie Verbrauchsreduktion in die Diskussion eingebracht werden.

Die Kerngruppe «Nachhaltige Energieversorgung» hat die 13 eingegangenen Expertisen gesichtet und diskutiert. Die Kerngruppe ist überzeugt, dass die

zahlreichen Impulse und Vorschläge weiter bearbeitet werden müssen. Dabei stehen die Ausarbeitung einer konsolidierten Stellungnahme zu den Energieperspektiven sowie die Etablierung einer Forschungsagenda im Vordergrund. Damit sollen die «Energieperspektiven 2035» des BFE nicht nur bewertet, sondern um alternative Wege zu einer energieeffizienten Gesellschaft ergänzt werden und der Forschungsbedarf aufgezeigt werden.

Am **31. Januar und 1. Februar 2008** findet der Workshop mit dem Expertenpanel statt.

---

*Weitere Informationen erhalten Sie bei Martine Stoffel ([martine.stoffel@sagw.ch](mailto:martine.stoffel@sagw.ch)) oder auf [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch), Rubrik **Schwerpunkte, Nachhaltige Entwicklung, Nachhaltige Energieversorgung**.*

---

## Strategie Nachhaltige Entwicklung – Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011: Konferenzielle Anhörung vom 5. September 2007

*(ms) Am 5. September 2007 hat das Bundesamt für Raumentwicklung ARE den Entwurf für die «Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011» vorgestellt. Ziel war es, die Zusammenarbeit mit Organisationen, Kantonen und Städten weiterzuführen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zum Entwurf zu äussern. Gut 70 VertreterInnen aus den Kantonen, Städten, Gemeinden und Interessengruppen waren anwesend.*

Im ersten Teil präsentierte der Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung, Pierre-Alain Rumley, die Strategie, wobei er insbesondere die nachfolgenden drei Punkte hervorhob:

- Er unterstrich, dass die neue Strategie Nachhaltige Entwicklung verbindlicher ist als die Strategie 2002 und dass der Grad der gewünschten Verbindlichkeit der Strategie sehr umstritten sei.
- Er stellte klar, dass der Bundesrat einerseits eine Wachstumspolitik, andererseits eine Politik der Nachhaltigkeit verfolgen will. Demnach muss das ARE diese beiden Politiken als grundsätzlich kompatibel annehmen und in die neue Strategie einbringen.
- Ferner wünscht er sich kantonale Strategien zu nachhaltiger Entwicklung.

Bedeutsam ist, dass Pierre-Alain Rumley die nachhaltige Entwicklung als kulturelles Projekt versteht. Gefordert sind also gerade auch die Geistes- und Sozialwissenschaften. Die SAGW ist sich dessen bewusst und will mit ihrer Kommission «Nachhaltige Entwicklung» ihren Beitrag leisten.

Im zweiten Teil äusserten sich die Teilnehmenden zu den Begleitmassnahmen der Strategie und entwickelten Vorschläge zuhanden des ARE. Neben weiteren Empfehlungen zeichneten sich vier wichtige Vorschläge ab:

- Zielkonflikte sollten präziser erwähnt werden und bekannt sein (z.B. Wachstumspolitik und Nachhaltige Entwicklung).
- Der Interdepartementale Ausschuss für Nachhaltige Entwicklung IDANE sollte an Gewicht gewinnen und könnte in Zukunft als Kommission geführt werden. Dies würde den verbindlichen Charakter der Umsetzung der Begleitmassnahmen wesentlich steigern.
- Die Ziele der Strategie Nachhaltige Entwicklung und somit die Begleitmassnahmen sollten klarer definiert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Begleitmassnahmen eher als Leitbild zu bezeichnen.
- Finanzielle Anreize sollten geschaffen werden, damit die Begleitmassnahmen auch wirklich umgesetzt werden.

**Publikation «Nachhaltigkeitsforschung – Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften»** im Rahmen des Schwerpunktes Nachhaltige Entwicklung der SAGW

Zahlreiche VertreterInnen der Geistes- und Sozialwissenschaften haben im Rahmen ihrer Disziplinen und/oder in interdisziplinären Forschungszusammenhängen den gesellschaftlich-politischen Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung aufgenommen und zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gemacht. Die Kommission Nachhaltige Entwicklung der SAGW möchte mit dieser Publikation den Stand der Forschung zu Nachhaltiger Entwicklung in den Geistes- und Sozialwissenschaften sichtbar machen.

Die Publikation ist im Generalsekretariat der SAGW erhältlich oder kann über die Website [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch) bestellt werden. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Martine Stoffel ([martine.stoffel@sagw.ch](mailto:martine.stoffel@sagw.ch), 031 313 14 55).

## «Generationenpolitik: Schlagwort oder Leitidee?»

Das Netzwerk Generationenbeziehungen der SAGW und des BSV hat sein zweites Werkstattgespräch durchgeführt.

*(ms, mz) In Bern trafen sich am 15. November 2007 gut 30 ExpertInnen zum zweiten Werkstattgespräch des Netzwerks Generationenbeziehungen. Sie diskutierten die Frage, ob der Begriff der Generation ein tragfähiges Konzept für politisches Handeln abgeben kann und ob dieser mit Blick auf die etablierten Politikfelder einen Mehrwert zu begründen vermag und alternative Wege aufzeigen kann. Dabei stellte sich heraus: Generationenpolitik ist als transversale und nicht als substantielle Politik zu konzipieren.*

Gemeinsam mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und weiteren Partnern wie dem NFP 52 «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» will die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) Fachleute und Interessierte aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung in einem Netzwerk «Generationenbeziehungen» mit dem Ziel zusammenführen, einen differenzierten und folgenreichen Dialog zum Konzept der Generationen in Gang zu bringen. In dieser Weise sollen wissenschaftliche Erkenntnisse und Kompetenzen aus allen relevanten Disziplinen gesichtet und zusammengeführt werden mit dem Ziel, eine eigentliche Generationenpolitik zu formulieren und zu implementieren. Umgesetzt wird dieses Programm mittels Werkstattgesprächen, Tagungen, Publikationen und Ausstellungen: In dieser Weise soll ein stetiger Austausch zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik und einer weiteren Öffentlichkeit in Gang gebracht werden.

Am 26. April dieses Jahres wurde ein erstes Werkstattgespräch in Zürich zum Thema «Medien und Generationen – In-

wiefern beeinflussen die Medien die Gestaltung der Generationenbeziehungen?» durchgeführt. Drei weitere Werkstattgespräche zu Schlüsselthemen sind geplant, so zur Frage der Generationengerechtigkeit, dem Erben und der Geschlechterfrage.

Die Herbsttagung 2008 der SAGW wird ebenfalls dem Thema Generationenbeziehungen gewidmet sein. Weitere Informationen sowie Unterlagen zum Netzwerk Generationenbeziehungen finden Sie unter [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch), Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung, Netzwerk Generationenbeziehungen. Frau Martine Stoffel ([martine.stoffel@sagw.ch](mailto:martine.stoffel@sagw.ch)) steht bei Fragen gerne zur Verfügung.

Am 15. November wurde die Frage diskutiert, ob der Begriff der Generation ein tragfähiges Konzept für politisches Handeln abgeben kann und ob dieser mit Blick auf die etablierten Politikfelder einen Mehrwert zu begründen vermag, alternative Wege aufzeigen kann. Prof. Kurt Lüscher und Ludwig Gärtner, Vizedirektor des BSV und Leiter des Geschäftsfeldes «Familie, Generationen und Gesellschaft», gaben einleitende Diskussionsvoten und eröffneten die Diskussion.



Das zweite Werkstattgespräch des Netzwerks Generationenbeziehungen fand in Bern statt.

Die Diskussion entfaltete sich entlang der vier Leitfragen des Werkstattgesprächs:

1. Ist die hier präsentierte Konzeption einer Generationenpolitik geeignet, neue Perspektiven für die Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme aufzuzeigen?
2. Ist das Vorgestellte mit Blick auf die Praxis tragfähig, und welche sich daraus ergebenden komplementären und alternativen Orientierungen sollen vertieft in Betracht gezogen werden?
3. Welche Aufgaben sind prioritär anzugehen?
4. Wie liesse sich die Idee der Generationenpolitik in die öffentliche Diskussion einbringen?

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass das Generationenkonzept ein hohes Potenzial hat, eine dynamische und zugleich integrative Perspektive einbringt. Ebenso unbestritten war, dass die Generationen-

beziehungen ins Zentrum zu rücken sind. Es wurde jedoch auch festgehalten, dass die Idee schwierig zu vermitteln ist, sowohl gegenüber der Politik wie auch einer weiteren Öffentlichkeit. Ferner zeigte sich eine Diskrepanz zwischen der theoretischen Fundierung und der problembezogenen politischen Konkretisierung. Nach einer lebhaften Diskussion zeichnete sich die folgende Schlussfolgerung ab: Generationenpolitik ist als substantielle oder Metapolitik nur schwer vermittelbar und umsetzbar. Aussichtsreicher erscheint es hingegen, die Idee im Sinne einer transversalen Politik in Form einer Generationenperspektive in die verschiedenen Politikfelder einzubringen. Als Modell könnte hier das Konzept der Nachhaltigkeit dienen. Insbesondere liesse sich in dieser Weise die Familien-, Geschlechter-, Jugend- und Alterspolitik in ihren Wechselwirkungen und Abhängigkeiten konzipieren.

## La médecine en mutation

(nb) Partant du constat que le monde médical est toujours plus lié aux changements qui traversent notre société, l'ASSH cherche à poser un regard provenant des sciences humaines et sociales afin de cerner l'évolution de la médecine et son impact sur la société. Les Académies suisses des sciences abordent quant à elles les mutations au sein du domaine médical par le biais de deux thématiques: «Enhancement Medicine» et «implication socioculturelle de la maladie et de la santé».

La première thématique a pour but d'analyser les répercussions de l'*Enhancement Medicine* sur la perception de soi au niveau professionnel du personnel médical ainsi que sur l'accès équitable aux prestations médicales. La deuxième thématique est menée conjointement par l'Académie suisse des sciences médicales (ASSM) et l'ASSH par le biais d'un comité de programmation. Ce dernier devra développer une série de manifestations pour les trois prochaines années, l'organisation de l'événement étant réglée de manière alternée entre l'ASSM et l'ASSH.

### **Médecine et sciences humaines. Sciences humaines en médecine: formation et collaboration**

Actes du colloque des 4 et 5 mai 2006 à Lausanne, édition ASSH, Berne 2007

Quels apports les sciences humaines et sociales sont-elles en mesure de fournir à la médecine et à sa pratique quotidienne? Comment intégrer les «medical humanities» dans un cursus de médecine? Telles sont quelques-unes des questions qui ont incité des spécialistes de différents domaines des sciences humaines et sociales ainsi que des médecins à partager leurs expériences et leurs points de vue lors du colloque organisé conjointement par l'ASSH et l'Académie suisse des sciences médicales. Dans le but de prolonger la réflexion abordée lors de cette manifestation, plusieurs conférenciers présents au colloque s'expriment sur diverses thématiques liées aux relations entre sciences humaines et sociales et médecine. Les aspects institutionnels des sciences humaines et sociales en médecine, l'interdisciplinarité, la relation clinique et thérapeutique et les enjeux contemporains de la santé forment les principaux chapitres de l'ouvrage édité par l'ASSH.

## Aménagement du territoire en Suisse

(nb) Les Académies suisses des sciences ont décidé d'accorder une importance particulière à la thématique de l'aménagement du territoire en Suisse du fait d'une part de son interdisciplinarité, et d'autre part de son actualité d'un point de vue politique et scientifique.

Un groupe de travail interacadémique, regroupant l'Académie suisse des sciences naturelles (SCNAT), l'Académie suisse des sciences techniques (SATW), l'ASSH ainsi que des représentants du Forum paysage, a été mis sur pied dans le but d'élaborer un programme de manifestations et de publications sur cette thématique afin de créer ainsi un dialogue entre science, société et monde politique.

Un mandat a été donné au Forum paysage avec comme objectif d'examiner en premier lieu l'état de la recherche dans le domaine du paysage et dans un deuxième temps d'établir les tendances et les besoins de la recherche actuelle et future dans ce domaine.

### **Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?**

Actes du colloque du 10 novembre 2006 à Berne, édition ASSH, Berne 2007

Le colloque organisé par l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), en collaboration avec l'Académie suisse des sciences naturelles (SCNAT), l'Académie suisse des sciences techniques (SATW) et le Programme national de recherche «Développement durable de l'environnement construit» (PNR 54), avait pour but de poser un regard humaniste sur la thématique de l'aménagement du territoire avant de considérer les questions techniques, politiques et écologiques. Ces questions ont été abordées par le biais de quatre dimensions «ville et campagne», «circulation et développement du territoire», «développement durable et esthétique», «outils et mise en œuvre» qui ont formé les principaux axes de discussion de cette rencontre. L'ouvrage réunit une grande partie des interventions du colloque et prolonge ainsi la réflexion engagée.



## Zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften

*(bk) Das Tauziehen um die Erhöhung der Wachstumsraten im Bereich Bildung, Forschung und Innovation ist beendet. In der Herbstsession wurde die BFI-Botschaft nahezu unverändert genehmigt. Fällt der Entscheid nicht Sparmassnahmen zum Opfer, wird der BFI-Bereich in der nächsten Legislatur um 6% erhöht. Nicht geklärt ist hingegen, welche Bedeutung den Geistes- und Sozialwissenschaften zukommen wird.*

Im Januar 2006 sprach sich beispielsweise die heutige Bundesrätin Doris Leuthard für eine verstärkte Förderung der Forschung aus. Das Geld solle in «zukunfts-trächtigen» Disziplinen investiert werden, forderte die Vertreterin der CVP, also in solche, von denen man sich heute einen wirtschaftlichen Nutzen verspricht. Diese wurden auch gleich beim Namen genannt: Nanotechnologie und Materialforschung, Medizinaltechnologie, Umwelttechnologien, Life-Sciences, Finanzwissenschaften, Informatik und Kommunikationswissenschaften. In einem Interview in der «SonntagsZeitung» forderte die damalige CVP-Präsidentin Doris Leuthard eine Umverteilung der Nationalfondsgelder. «Ich habe nichts gegen Geschichtsforschung und Archäologie», so Leuthard, «aber

wenn die Mittel beschränkt sind, sollte man diese geschickt einsetzen.»

Wie viel wurde denn in den letzten vier Jahren in die Geistes- und Sozialwissenschaften investiert? Werden die Geistes- und Sozialwissenschaften in den nächsten vier Jahren speziell gefördert oder stehen sie im Schatten gewinnversprechender Disziplinen? Welche Bedeutung kommt den Geistes- und Sozialwissenschaften zu und weshalb ist es so schwierig, deren Anliegen politisch zu vertreten? Welchen Stellenwert haben die Geistes- und Sozialwissenschaften im Ausland?

Im vorliegenden Dossier nehmen wir die Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der vergangenen und in der kommenden Legislatur unter die Lupe.

### Ihre Meinung interessiert uns!

Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Stärken und Schwächen der Geistes- und Sozialwissenschaften? Werden sie ausreichend gefördert? Wo bestehen Defizite? Wie könnte die Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz verbessert werden?

Mailen Sie uns: [kuebli@sagw.ch](mailto:kuebli@sagw.ch)

## Wissenschaft als Hilfsdienst der Wirtschaft?

*(bk) Zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz befragten wird Prof. Dr. Hans-Ulrich Jost von der Universität Lausanne, welcher sich mit der Forschungs- und Wissenschaftspolitik seit 1945 befasst. Er warnt eindringlich vor dem rein wirtschaftlich ausgerichteten Nutzungsdenken und dem damit einhergehenden drohenden Zerfall der kulturellen Werte wie beispielsweise das Staatsverständnis.*

*Beatrice Kübli: Sie haben sich als Mitautor des Buches «Konkurrierende Deutungen des Sozialen» mit der Forschungs- und Wissenschaftspolitik seit 1945 befasst. Welche Erkenntnisse haben Sie daraus gezogen?*

*Hans-Ulrich Jost: Mit der Schaffung der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der OBERAUFSICHT über die Medizin nahm der Bund in der Wissenschaftspolitik der Schweiz schon im 19. Jahrhundert eine wichtige Position ein. Die rasante Entwicklung der Technologien*

und deren wachsende wirtschaftliche, vor allem für die Exportindustrie zentrale Bedeutung verstärkten die Rolle des Bundes. Diese spezifische Interessenlage führte dazu, dass die vom Bund entscheidend mitbestimmte Wissenschaftspolitik nun noch deutlicher die exakten und technischen Wissenschaften sowie die Medizin bevorzugte. Im Rahmen dieses Engagements wurden jedoch auch eine Reihe von Institutionen – Nationalfonds, Wissenschaftsrat, Abteilung für Wissenschaft und Forschung, Schweizerische Hochschulkonferenz etc. – geschaffen, in denen, nicht immer zum Vorteil der Universität-

ten, ein neuer Typus von Wissenschaftsmanager Fuss fasste. Der Bund beanspruchte nun zwar die Führung von Bildung und Forschung, verweigerte aber im Rahmen der Sparübungen die notwendigen Mittel, was die NZZ mit der treffenden Bemerkung kommentierte: «Der Bund scheint auch eine Kunst entwickelt zu haben, mehr zu befehlen, ohne mehr zu bezahlen.» Der Höhepunkt dieser Entwicklung war ohne Zweifel die schlecht vorbereitete Einführung des Bologna-Modells. Das Bedauerliche dieser Entwicklung ist nicht nur die Benachteiligung der Geistes- und Sozialwissenschaften, sondern auch deren epistemische Abhängigkeit von Staat und Verwaltung. Sie sollten, hiess es etwa in einer bundesrätlichen Botschaft, «ein gesellschaftliches Bewusstsein aus nationaler Perspektive» befördern.

Weshalb werden Geistes- und Sozialwissenschaften weniger gefördert als andere Wissenschaften?

In der eingangs angedeuteten Ausrichtung der Wissenschaftspolitik stand das Krite-

rium des wirtschaftlichen Nutzens von Bildung und Forschung immer an erster Stelle. Der «Vater» des Nationalfonds Alexander von Muralt hatte schon 1944 sinniert, es falle schwer, «sich eine Vorstellung vom arbeitsbeschaffenden Einfluss der Geisteswissenschaften zu machen», was bei den Natur- und technischen Wissenschaften weniger der Fall sei. Das reine, wirtschaftlich ausgerichtete Nützlichkeitsdenken dominierte die gesamte Wissenschaftspolitik. In den 1980er Jahren, unter dem Zeichen einer neoliberalen Renaissance, verstärkte sich dieser Ruf nach «Effizienz». Auch die Geistes- und Sozialwissenschaften sollten vermehrt einer auf den Markt ausgerichteten «ökonomischen Steuerung» unterworfen werden. Politik und Verwaltung verlangten zunehmend auch von diesen Disziplinen gesellschaftlich unmittelbar verwertbare Forschungen. Gleichzeitig wurde empfohlen, den stark wachsenden Zustrom zu ihren Fächern mit einem «effizienten» Management, d.h. bürokratisch und ohne zusätzliche Mittel, zu bewältigen. All dies erschwerte die wissenschaftliche Weiterentwicklung der in ihren kantonalen Universitätsghettos gefangenen Geistes- und Sozialwissenschaften.

*Wieso ist es bedenklich, wenn die Geistes- und Sozialwissenschaften weniger finan-*

*zielle Mittel erhalten als andere Wissenschaften? Welche Defizite ergeben sich daraus?*

Es stellt sich die Frage, ob ein Land, das sich in Technologie und Medizin zur Weltspitze zählt, nicht langfristig seine Position und sein Ansehen aufs Spiel setzt, wenn es in den Geistes- und Sozialwissenschaften international kaum mehr präsent ist. Es gilt dabei zu bedenken, dass die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland nicht nur auf seiner Industrieproduktion und den Banken beruht, sondern auch auf seiner geistigen und kulturellen Präsenz. Staatlich finanzierte Kultur- oder Tourismuswerbung allein genügt nicht, um das Ansehen eines Landes auf internationaler Ebene zu fördern. Es fällt beispielsweise schon heute auf, dass die Schweiz in vielen gesellschaftspolitischen Studien der europäischen Staaten überhaupt nicht erwähnt wird. Sie wird nur noch als Folklore wahrgenommen. Es dürfte im Übrigen auch fraglich sein, ob eine hochstehende Wissenschafts- und Forschungskultur insgesamt auf Dauer nachhaltig erhalten werden kann, wenn ein wesentlicher Teil, d.h. die Geistes- und Sozialwissenschaften, vernachlässigt wird. Ein Defizit in diesen Bereichen wird dazu führen, dass die voruniversitäre Bildung insgesamt an Qualität einbüsst und damit schliesslich auch den exakten Wissen-

schaften den Boden entzieht. Auch wenn man heute die Geisteswissenschaften und die exakten Wissenschaften auseinanderzuhalten pflegt, sind letztlich deren kognitive und epistemische Interessen nicht trennbar. Und es geht bei beiden nicht nur um die Bewältigung der Gegenwart, sondern auch um die Zukunft der Gesellschaft.

*Ist es gerechtfertigt zu sagen, die Geistes- und Sozialwissenschaften seien nicht von Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz?*

Angesichts der nur noch auf Produktivität, Gewinnmaximierung und Effizienz ausgerichteten Gesellschaft fällt es tatsächlich schwer, den Nutzen der Geistes- und Sozialwissenschaften zu begründen. Man kann bestenfalls darauf verweisen, dass möglicherweise die Gesellschaft ohne soziale, geistige und kulturelle Anstrengungen riskiert, ihre schöpferische Substanz und die Kunst des politischen Überlebens zu verlieren. Wer beispielsweise seine Geschichte nur noch als mythische Versatzstücke erlebt, der wird auch den Realitätsinn für die Gegenwart und die Zukunft verlieren. Und wenn Soziologie oder Politologie nur noch dazu dienen, um der Verwaltung und der Politik rasch zusammengebastelte, politikkonfor-

me Gutachten oder der Wirtschaft erfolgversprechende Marktanalysen zu liefern, dann wird auch die kritische, für die Zukunftsgestaltung unabdingbare Gesellschaftsanalyse schweren Schaden nehmen. Man hat heute vielleicht allzu sehr vergessen, dass sich die modernen Staatswesen dank der kritischen Kompetenz der – übrigens immer international vernetzten – Gesellschaftswissenschaften durchzusetzen vermochten. Mit der Relegation der Geistes- und Sozialwissenschaften auf eine untergeordnete Dienstleistungsebene wird letztlich das moderne Staatsverständnis sabotiert.

*Wie schätzen Sie die Lage der Geistes- und Sozialwissenschaften heute ein? Wie wird sich die Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften Ihrer Meinung nach entwickeln?*

Ich bin leider angesichts der Resultate unserer Forschung geneigt anzunehmen, dass die Entwicklung dem Trend der letzten Jahrzehnte folgen wird, d.h., dass die Geistes- und Sozialwissenschaften auf einem untergeordneten Niveau der kantonalen Universitäten zwar weiterhin eine grosse Zahl von Studierenden auffangen müssen, ihnen aber nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt wer-

***Mit der Relegation der Geistes- und Sozialwissenschaften auf eine untergeordnete Dienstleistungsebene wird letztlich das moderne Staatsverständnis sabotiert.***

***Es ginge in erster Linie darum, die zersplitterten Kräfte in gesamtschweizerischen Instituten zu koordinieren und langfristige, in den europäischen oder internationalen Rahmen eingebundene Forschungen aufzubauen.***

Honegger, Claudia; Jost, Hans-Ulrich; Burren, Susanne; Jurt, Pascal: **«Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft»**

Chronos Zürich 2007, 416 S. Geb. CHF 48.00 / EUR 32.00

ISBN 978-3-0340-0766-5

Das Buch schildert den Niedergang der traditionellen Staatswissenschaften und den Triumphzug einer internationalisierten Ökonomie sowie einer epistemisch hybriden Betriebswirtschaftslehre. Dabei steht die Schweiz im Zentrum, allerdings weniger als Sonderfall, denn vielmehr als Labor, wo sich auf kleinstem Raum die vielfältigen Konkurrenzlinien nachzeichnen lassen. Die konkurrierenden Deutungen des Sozialen sind stets verknüpft mit gesellschaftspolitischen Weltanschauungen und Institutionen, wie die Rekonstruktion der Geschichte der historischen und juristischen Wissenschaften sowie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Schweiz eindrücklich zu belegen vermag.

den, um im Bereiche der Forschung an die internationale Entwicklung anschliessen könnten. Man wird die Geistes- und Sozialwissenschaften gewissermassen dazu brauchen, die frustrierten MaturandInnen für einige Jahre hinzuhalten, um sie dann in prekäre Jobs oder untergeordnete Dienstleistungssektoren abzuschieben. Die Art und Weise, wie bei uns das Bologna-Modell zur bürokratischen Umstrukturierung der Universitäten eingesetzt wird, leistet dieser Strategie Vorschub.

Vielleicht gibt aber die aktuelle Umbruchphase die Chance, den Geistes- und Sozialwissenschaften eine neue Grundlage zu schaffen. Es ginge in erster Linie darum, die zersplitterten Kräfte in gesamtschweizerischen Instituten zu koordinieren und langfristige, in den europäischen oder internationalen Rahmen eingebundene Forschungen aufzubauen. Dabei könnte die SAGW als Planungsorgan durchaus eine wichtige Rolle übernehmen.

*Interview: Beatrice Kübli*

## Längst erkannte Probleme, ausbleibende Mittel

*(bk) Alle fordern mehr Geld für die Bildung. Aber heisst das auch mehr Geld für die Geistes- und Sozialwissenschaften? In den letzten Jahren standen diese Fächer immer wieder hinten an. Immerhin, die Problematik scheint erkannt zu sein. Ob sich die Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der nächsten Legislatur verbessert, wird sich zeigen. Im Moment stehen die Zeichen gut.*

Das Ringen um das Wachstum der Ausgaben in Bildung, Forschung und Innovation (BFI) ist beendet. Obsiegt nicht in letzter Minute die Sparpolitik, so erfährt der BFI-Bereich in den nächsten vier Jahren einen Ausgabenzuwachs von 6%. Über weite Kreise herrscht Einigkeit zur Bedeutung der Bildung, Forschung und Innovation, gerade für die rohstoffarme Schweiz. Bildung und Wissenschaft sollen der Schweiz zu mehr (internationaler) Wettbewerbsfähigkeit und zu Wachstum verhelfen. Diese beiden Punkte bilden denn auch die Leitlinie Forschung in der vom Parlament genehmigten BFI-Botschaft. Das Ziel aller geplanten Massnahmen sei es, «den Akteuren und Institutionen des BFI-Bereichs zu ermöglichen, ihren Beitrag zum Ausbau der Kapazitäten des Denk- und Werkplatzes Schweiz zu leisten».

### Wirtschaftliche Kriterien stehen im Vordergrund

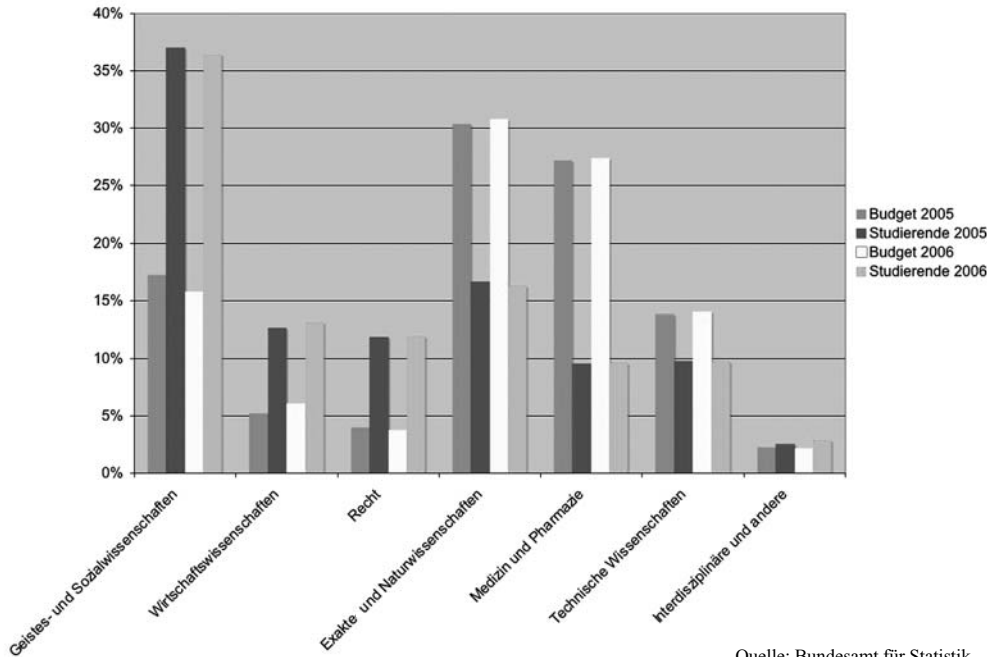
Obwohl die in der BFI-Botschaft ausgeführten Massnahmen nicht ausschliesslich auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet sind, ist dieser doch ein wichtiges Kriterium für die Vergabe finanzieller Mittel. Gleichzeitig dominiert die Überzeugung,

dass wirtschaftlicher Gewinn nur in den Bereichen Technik, Medizin und Naturwissenschaften möglich sei. Von diesen Disziplinen verspricht man sich die grösseren Erfolge. Entsprechend geniessen die beiden eidgenössischen Hochschulen seit jeher eine besondere finanzielle Förderung.

### Das Stiefkind unter den Wissenschaften?

Im Vergleich zu den anderen Disziplinen erhalten die Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich weniger finanzielle Mittel. So sind die Ausgaben für einen Studenten der Exakten und der Naturwissenschaften rund viermal, für einen angehenden Mediziner gar sechsmal höher als diejenigen für eine Studentin der Geistes- und Sozialwissenschaften. Dieser Trend verstärkt sich. Begründet wird dies damit, dass die anderen Disziplinen teure technische Ausrüstungen benötigen, während für die Lehre in den Geistes- und Sozialwissenschaften «nur» eine Lehrperson und eine Wandtafel nötig seien. Genommen stehen ihnen vor allem Wandtafeln zur Verfügung, denn auch Lehrpersonen sind in einigen Fächern rar gesät.

Verteilung Budget und Studierende



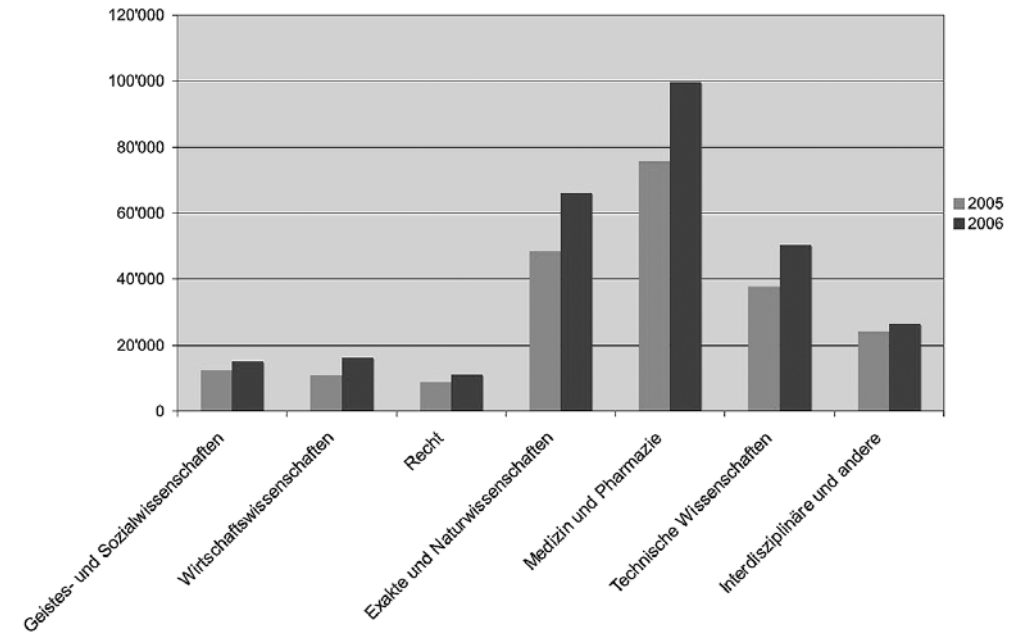
Quelle: Bundesamt für Statistik

In den Sozialwissenschaften gibt es Betreuungsverhältnisse von 130:1. Diese zu verbessern, war das Ziel in der letzten Legislatur. Unerreicht blieb es, weil wegen Sparmassnahmen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Der restliche Zuwachs an finanziellen Mitteln floss im Übrigen nur unterdurchschnittlich in die Geistes- und Sozialwissenschaften. Bei einer durchschnittlichen Zunahme der Ausgaben pro Studierende/n von 2005 bis 2006 um 31% erhielten die Geistes- und Sozialwissenschaften lediglich 22%, Recht 24%, die übrigen Disziplinen überdurchschnittlich viel. Die Geistes- und Sozialwissenschaften scheinen das Stiefkind der Wissenschaftspolitik zu sein. Sie erhalten, was noch übrig bleibt.

### Die Problematik wird erkannt

Nicht zu übersehen war dieser Trend im Jahre 2001 als kein einziger der zehn Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) an die Geistes- und Sozialwissenschaften vergeben wurde, obwohl bereits der SWTR 1998 im Schlussbericht «Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz» ausdrücklich feststellte, dass die Geisteswissenschaften einen grossen Nachholbedarf hätten und dass ihre Stellung zum Schaden der schweizerischen Öffentlichkeit zu schwach sei. Die darauf folgende Empörung führte dazu, dass der SNF eine Ausschreibung nur für die Geistes- und Sozialwissen-

Entwicklung der Ausgaben/StudentIn



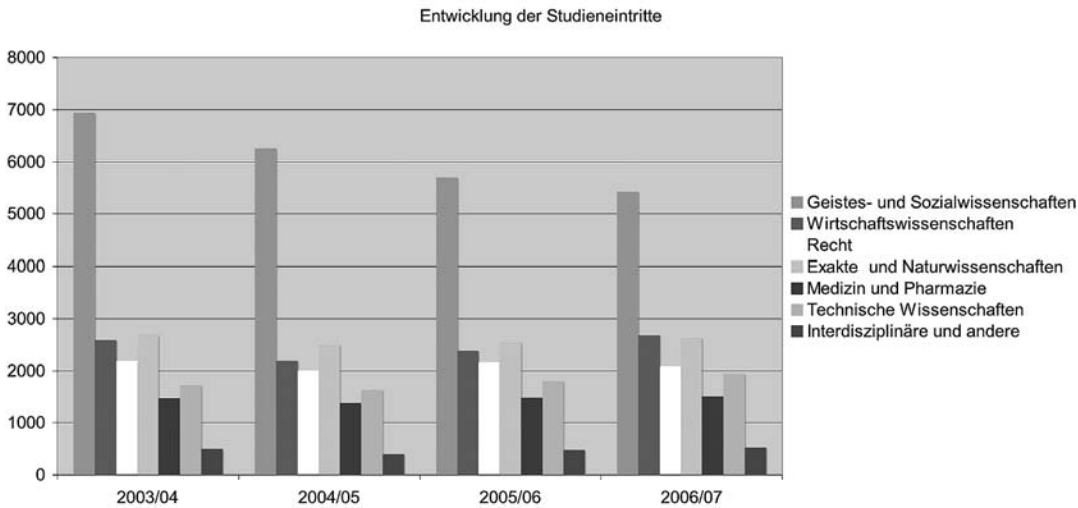
Quelle: Bundesamt für Statistik

schaften lancierte. Die Auswirkungen dieser NFS sind bis heute spürbar, und seither scheint auch eine gewisse Sensibilisierung für die ungenügende Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften entstanden zu sein.

### Studien zur Situation alarmieren

Als Folge der NFS-Ausschreibung setzte das EDI damals eine hochkarätige Expertengruppe ein, mit dem Mandat, über den NFS-Bereich hinaus Vorschläge für Fördermassnahmen zu unterbreiten, welche den Bedürfnissen dieser Fachbereiche spezifisch angepasst sind. Einige der im Schlussbericht «Förderung der Geistes-

und Sozialwissenschaften» des damaligen Bundesamts für Bildung und Wissenschaft genannten Massnahmen wurden inzwischen umgesetzt. So konnten die Geistes- und Sozialwissenschaften in den letzten Jahren beispielsweise einen deutlichen Zuwachs an Unterstützung durch den Nationalfonds verzeichnen. Andererseits scheinen sich inzwischen aber auch die Befürchtungen zu bewahrheiten. So warnte der 2002 erschienene Bericht, «die innovative Kraft der in den Geistes- und Sozialwissenschaften Forschenden und Lehrenden droht durch ihre dauernde Überlastung aufgezehrt zu werden. Dadurch verlieren diese Disziplinen gleichzeitig an Attraktivität, dies auch für den an sich motivierten akademischen Nach-



Quelle: Bundesamt für Statistik

wuchs. Deshalb werden die Geistes- und Sozialwissenschaften trotz der in ihren Reihen vorhandenen Leistungsbereitschaft ihren Aufgaben bald nicht mehr gerecht werden können, wenn es nicht gelingt, ihre prekär gewordenen Rahmenbedingungen in Lehre und Forschung rasch und entscheidend zu verbessern.»

### Befürchtungen drohen sich zu bestätigen

Wie bereits erwähnt, wurde die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse wiederum auf die nächste Legislatur verschoben, und die prophezeiten Auswirkungen zeichnen sich in der Tat ab:

- Das Studium der Geistes- und Sozialwissenschaften verliert an Attraktivität. In den letzten vier Jahren nahm die Zahl der Studieneintritte kontinuierlich ab.

- Die schweizerischen Geistes- und Sozialwissenschaften sind international nicht mehr konkurrenzfähig. Eine Impact-Studie des CEST belegt, dass die Schweiz im Vergleich zur weltweit impactstärksten Wissenschaftsnation im Bereich der Technologie Platz 1, in Physik, Chemie und Erdwissenschaften Platz zwei, in den Sozialwissenschaften hingegen lediglich Platz 14 belegt. Auf der Rangliste der Geisteswissenschaften erscheint sie gar nicht erst. (Quelle: CEST 2004/Data Source: ISI: SCI/SSCI/AHCI)

Man ist sich dessen durchaus bewusst. In der eben veröffentlichten BFI-Botschaft steht: «In den meisten Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften figuriert die Schweiz dagegen nicht in den vorderen Rängen relevanter Zitationsindizes.» Nur scheint dies paradoxerweise für die Politik nicht ein Grund zu sein, die Situa-

tion zu verbessern, sondern im Gegenteil ein Argument, nicht unnötig viel in diese anscheinend hoffnungslose Disziplin zu investieren.

### Institutionen der Forschungsförderung setzen Zeichen

Die Meinung, dass es sich nicht lohne, in Geistes- und Sozialwissenschaften zu investieren, hält sich hartnäckig, obwohl der Schweizerische Wissenschaftsrat schon seit einigen Jahren einen grossen Handlungsbedarf im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften meldet. Im Jahre 2006 veröffentlichte er mit der SWTR-Schrift 3/2006 «Perspektiven für die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz» einen Katalog von Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Für den Wissenschaftsrat ist die Sicherstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung ein wichtiges wissenschaftspolitisches Ziel. Auch der SNF setzt sich für die Geistes- und Sozialwissenschaften ein und stellte in der zu Ende gehenden Legislatur

mit den Pro\*Docs die Weichen für eine Verbesserung der Doktorandenausbildung in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dieses Programm soll in der kommenden Legislatur ausgebaut werden, wobei sich der SNF mittelfristig aber wieder aus der Direktfinanzierung von Doktorandenausbildungen und -salären zurückziehen wird. Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten erwähnt die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften in ihren drei Hauptzielen für die kommende Legislatur und plant die Schaffung von 368 neuen Professuren. Dazu kommen weitere 129 Professuren für die Wirtschaftswissenschaften und 131 für das Recht. Demgegenüber steht ein Überschuss von 18 Professuren im Bereich Medizin und Pharmazie.

Die Problematik ist also offenbar erkannt, und Massnahmenpläne zur Verbesserung der Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften gibt es zahlreiche. Allerdings gibt es diese Pläne schon länger. In den nächsten vier Jahren wird sich zeigen, ob daraus nun endlich Realität wird.

## Die Geistes- und Sozialwissenschaften im Parlament – Interview mit Doris Stump

*(bk) In den letzten Jahren wurde immer wieder das schlechte Betreuungsverhältnis in den Geistes- und Sozialwissenschaften bemängelt. Auch in der neuen BFI-Botschaft ist das ein Thema. Unter «Kantonale Universitäten» ist zu lesen: «Dennoch wurde das Ziel des Bundesrats für die Kreditperiode 2004–2007, die Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften auf 40 Studierende je Professur zu verbessern, klar verfehlt. Die Qualität der Lehre und Forschung an den Schweizer Universitäten ist in einer Reihe von Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften (wie etwa in Germanistik, Anglistik, Geschichte oder Soziologie) unter diesen Bedingungen nicht mehr gewährleistet.» Die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse ist wiederum ein Ziel der nächsten BFI-Botschaft.*

*Beatrice Kübli: Frau Stump, Sie sind eine Parlamentarierin, welche die Geistes- und Sozialwissenschaften vertritt. Wie ist die Stimmung im Parlament bezüglich der Geistes- und Sozialwissenschaften?*

*Doris Stump:* Es gibt unter den ParlamentarierInnen wenig Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen. Deshalb fehlt das Verständnis für geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, aber auch für Grundlagenforschung allgemein. Verlangt wird oft eine direkte Anwendbarkeit der Forschung, vor allem ein direkter wirtschaftlicher Nutzen.

*Welche Probleme ergeben sich für eine Vertreterin der Geistes- und Sozialwissenschaften im Parlament?*

Vor allem die Geisteswissenschaften sind in der öffentlichen Diskussion kaum präsent oder werden schlecht wahrgenommen. Ergebnisse geistes- und sozial-

wissenschaftlicher Forschung sind wenig bekannt und werden auch nicht als sehr wichtig eingeschätzt für die Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft, teilweise wohl auch, weil sie traditionelle Urteile und Werte hinterfragen.

*Weshalb ist es so schwierig, die Anliegen der Geistes- und Sozialwissenschaften durchzusetzen?*

Lösungsansätze für die anstehenden Probleme werden heute vor allem von den technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen erwartet. Die Bedeutung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Bildung und Forschung für Gesellschaft und Wirtschaft wird unterschätzt. Und es fehlt eine starke Lobby für die Geistes- und Sozialwissenschaften.

*Interview: Beatrice Kübli*

## Die Geisteswissenschaften im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU

*Dr. Regina Schneider, Euresearch*

*Auf den ersten Blick scheint in den wettbewerbsorientierten Europäischen Forschungsrahmenprogrammen wenig Platz für die Sozial- und vor allem für die Geisteswissenschaften zu sein. Doch in der EU hat sich schon seit längerem die Einsicht durchgesetzt, dass auch – oder gerade – die gewinnorientierteste Marktwirtschaft den Faktor Mensch miteinbeziehen muss, wenn sie auf Dauer konkurrenzfähig bleiben will.*

Nach wie vor ist das Augenmerk der EU hauptsächlich auf sozioökonomische und politische Faktoren gerichtet, auch wenn im gerade angelaufenen 7. Rahmenprogramm (FP7) der Bereich «Socio-Economic Sciences and the Humanities» (SSH) die Geisteswissenschaften erstmals explizit erwähnt wird. Themen wie «Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerb», «Vereinbarkeit von Wirtschaftlichkeit, Gesellschaft und Umwelt», «Soziale Trends und ihre Folgen», «Die Bürger in der EU» oder «Sozioökonomische Indikatoren» bestimmen immer noch die Forschungsagenda. Es erstaunt daher auch nicht weiter, dass Projekte von VertreterInnen der klassischen Geisteswissenschaften wie z.B. Kunstgeschichte, Literaturwissenschaft oder Philosophie es in der ersten Ausschreibung dieses Jahr sehr schwer hatten, die Akzeptanz der Experten zu finden. Ein Grund für das relativ schlechte Abschneiden der Geisteswissenschaften ist wahrscheinlich, dass die Vorgabe von bestimmten, sehr eng gefassten Forschungsthemen ihrer gewohnten Arbeitskulturerfahrung entgegensteht. Ein anderer Grund ist rein statistischer Natur: Da es viel mehr Ein-

gaben von SozialwissenschaftlerInnen gab, waren diese auch in absoluten Zahlen erfolgreicher. Auch das Fehlen eines spezifisch auf die Geisteswissenschaften ausgerichteten Ausschreibungsthemas darf durchaus beklagt werden (ebenso wie das relativ geringe SSH-Budget innerhalb des gesamten Rahmenprogramms, siehe Kasten), aber ein Teil der Verantwortung für diese Vernachlässigung liegt wohl bei den Betroffenen selber, die ihre spezifischen Methoden und Kenntnisse immer noch zu wenig selbstbewusst in interdisziplinäre Projekte einbringen – nicht nur im Bereich SSH, sondern auch in anderen Gebieten wie z.B. Sicherheit, Umwelt, Informationstechnologie oder Gesundheit. Gerade bei komplexen Themen wie Migration könnten Historiker und KulturwissenschaftlerInnen einen wichtigen Beitrag zum Verständnis und zur Verständigung verschiedener Volksgruppen leisten. Nur wenn sie aktiv beweisen, dass die Geisteswissenschaften einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesellschaft von morgen leisten, besteht die Hoffnung, dass auch die Mittel für ihre Forschungsprojekte in Zukunft üppiger fließen. Interdisziplinäre Forschungs- und Lö-

sungsansätze sind der Europäischen Kommission sehr wichtig, und hier liegt der Schlüssel zum Erfolg von kollaborativen Projekten. Was Forschende aller Disziplinen dazu brauchen, sind – neben der nötigen Fachkompetenz – die Bereitschaft, sich auf die Spielregeln der EU-Kommission einzulassen; rhetorisches Können, um auch die hartgesottensten Utilitaristen von der Relevanz ihrer Projektes zu überzeugen; und manchmal etwas Phantasie, um die bisherigen Forschungsgebiete mit den Themen der verschiedenen Ausschrei-

bungen in Einklang zu bringen. Flexibilität, Rhetorik, Kreativität: Sind nicht gerade dies Kernkompetenzen der GeisteswissenschaftlerInnen? Und durchdringen nicht soziokulturelle Aspekte unser tägliches (und nicht so alltägliches) Leben, dass ein wirklich interdisziplinärer Ansatz ohne den Einbezug der Geisteswissenschaften gar nicht möglich ist? Worauf warten wir also noch: Beweisen wir den Bürokraten in Brüssel, wie nötig sie uns haben!

#### Die Geistes- und Sozialwissenschaften in den Europäischen Rahmenprogrammen: Einige Zahlen

Dass der Bereich SSH für die Kommission hinter anderen Themen zurücksteht, lässt sich leicht am veranschlagten Budget ablesen. Von den insgesamt 50 521 Mio. des 7. Rahmenprogramms sind dem Programm SSH gerade einmal 623 Mio. (1,23%) gewidmet. Zum Vergleich: Für die Informationstechnologien z.B. werden 9 050 Mio. (18%) oder für den Bereich Gesundheit 6 100 Mio. (12%) aufgewendet. Interessant ist aber auch die prozentuale Zunahme der jeweiligen Budgets: So haben die pro Jahr geplanten Ausgaben für die Informationstechnologien im Vergleich zum 6. Rahmenprogramm um 30% zugelegt, diejenigen im Bereich Gesundheit um 38%, bei den Geistes- und Sozialwissenschaften aber um 44%. Diese Entwicklung ist erfreulich und sollte zu weiteren Projekteingaben anspornen. Ausserdem beteiligten sich weniger Schweizer Forschende in SSH-Projekten des 6. Rahmenprogramms als im europaweiten Durchschnitt. Es gibt also auch hier ein Potential, das noch nicht voll ausgeschöpft ist. (RS)

## Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland: Stiefkind oder Enfant Gâté ?

*Dr. Manfred Niessen, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)*

*Wenn man auf die Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland aus der Perspektive der Forschung und der Forschungsförderung schaut, so ist alles andere als ein Stiefkinddasein zu konstatieren.*

Die Geisteswissenschaften im engeren Sinne standen in den zurückliegenden fünf Jahren nicht nur im Mittelpunkt der forschungs- und wissenschaftspolitischen Diskussion. Die Diskussion resultierte auch in konkreten, sehr nachdrücklichen und nachhaltigen Programmen zur noch besseren Förderung der Geistes- und auch der Sozialwissenschaften. Um mit diesem Konkreten zu beginnen:

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat im Jahre 2002 ihre Förderinitiative Geisteswissenschaften begonnen. In einem umfangreichen Konsultationsprozess mit der *Scientific Community* wurde die Frage eruiert, welche besonderen Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen in der Selbstdiagnose geisteswissenschaftliche Forschung kennzeichnen – und welche Anforderungen sich aus Sicht der Betroffenen daraus für die Forschungsförderung ergeben, insbesondere für die Gestaltung der einzelnen Förderangebote. Die Haupt-

– Geisteswissenschaftliche Forschung ist nur begrenzt arbeitsteilig organisiert. D.h., die Forschungsförderung soll sich nicht vorwiegend in der Unterstützung durch wissenschaftliches Personal konzentrieren, sondern den verantwortlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermögli-

chen, längerfristig sich selbst auf Forschungsarbeit konzentrieren zu können.

- Viele geisteswissenschaftliche Disziplinen sind an vielen Universitäten nicht durch eine grosse Zahl von Fachvertretern repräsentiert. Für geisteswissenschaftliche Forschung sind in vielen – keineswegs in allen! – Fällen grosse Forschungsverbände vor Ort deshalb schwer zu realisieren. Deshalb müsse dem «Zwang zur Grösse» von Forschungsverbänden entgegenge-
- Die Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses müsse gestärkt werden, insbesondere mit Blick darauf, dass in vielen Fächern Ansprechpartner vor Ort kaum vorhanden sind.
- Für die Geisteswissenschaften bedeutende Unternehmungen benötigen vielfach eine mittel- bis längerfristige Planungsperspektive, auf die die Forschungsförderung sich einstellen solle.

Dies war Anlass für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, ihr Förderangebot für die Geisteswissenschaften anzupassen und auszuweiten. Die wichtigsten Elemente sind: Den für Projekte verantwortlichen Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern wurde die Möglichkeit eingeräumt, mit dem Projektantrag zugleich auch für bis zu 12 Monate «eigene Zeit» zu beantragen – also die Finanzierung einer Freistellung, um sich selbst auf das Forschungsprojekt konzentrieren zu können. Speziell für den wissenschaftlichen Nachwuchs bietet die DFG seit 2003 die Förderung sog. wissenschaftlicher Netzwerke an, in denen bis zu 15 Personen die Möglichkeit erhalten, über drei Jahre gemeinsam an einem Thema zu arbeiten. Die wissenschaftlichen Netzwerke sind in der Regel interdisziplinär und auch international zusammengesetzt. Ausdrücklich können Personen, die nicht in Deutschland tätig sind, reguläres Mitglied des geförderten wissenschaftlichen Netzwerkes werden. Für geisteswissenschaftliche Forschergruppen – als eine Form der kleineren bis mittelgrossen Verbundforschung – wurden die Möglichkeiten erweitert und erheblich attraktiver gemacht. Und schliesslich wurde das Langfristprogramm modernisiert, um auf der Ebene des Einzelprojektes die Möglichkeit zu geben, substanzielle, für die jeweiligen Wissenschaftsgebiete bedeutende, deshalb auch finanziell umfangreiche Vorhaben mit einer Planungsperspektive von bis zu 12 Jahren zu realisieren.

Im gleichen Zeitrahmen haben sich die grossen privaten Stiftungen der Bundesrepublik ebenfalls mit der Situation der geisteswissenschaftlichen Forschung und ihrer Förderung befasst und sind zu ganz analogen Ergebnissen der Analyse gekommen. Die neuen Förderangebote der Stiftungsinitiative «Pro Geisteswissenschaften» folgen deshalb einem der DFG sehr ähnlichen Grundmuster. Durch

die je spezifische Ausgestaltung ergänzen sich beide Initiativen jedoch sinnvoll.

Schliesslich hat sich ebenfalls zeitlich parallel und in enger Abstimmung auch mit der DFG der Wissenschaftsrat sehr intensiv mit der Situation der Geisteswissenschaften befasst. Dies resultierte in den 2006 erschienenen «Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland», die sich auf eine umfangreiche und differenzierte Analyse stützen. Nicht überraschend konvergieren auch diese Analysen und die darauf basierenden Empfehlungen – insoweit sie die Forschung und ihre Förderung betreffen – mit den Stellungnahmen und Beschlüssen der DFG-Förderinitiative und der Stiftungen. Unter Bezugnahme auf diese Empfehlungen hat die DFG deshalb als letzten Schritt ihrer Förderinitiative Geisteswissenschaften ein Programm zur Einrichtung von Kolleg-Forschergruppen ausgeschrieben – in enger Abstimmung mit einem analogen Programm des BMBF, welches ebenfalls sich auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezieht.

Diese nachdrücklichen und umfangreichen Bemühungen um die und für die Geisteswissenschaften wurden in ihrer Endphase fast etwas überrollt von der Exzellenzinitiative, dem nachdrücklichsten und finanzmächtigsten Ansatz zur Veränderung und Entwicklung der forschungsbezogenen Strukturen in den deutschen Universitäten der jüngeren Geschichte. In der ersten der beiden Entscheidungsrunden, Ende 2006, sahen sich die Geisteswissenschaften selbst als Stiefkinder behandelt – obwohl sie nach den statistischen Kennziffern durchaus im Rahmen ihres langjährigen Anteils an der For-

schungsförderung abgeschnitten hatten. In der zweiten und vorläufig letzten Runde, die im Oktober 2007 zum Abschluss kam, haben die Geisteswissenschaften ganz überdurchschnittlich partizipiert. Ihre Erfolgsrate liegt ganz erheblich – um mehr als ein Viertel – über dem langjährigen prozentualen Anteil an der Forschungsförderung. Ein grosser Erfolg also, der passend zum Ende des «Jahres der Geisteswissenschaften» kam, welches 2007 an vielen Orten der Bundesrepublik die Geisteswissenschaften nicht nur ins Bewusstsein der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik, sondern auch der breiteren Öffentlichkeit gebracht hat.

Aber natürlich ist nicht alles Sonnenschein: Der Wissenschaftsrat hat in seiner Stellungnahme 2006 auch auf die Probleme der Geisteswissenschaften hingewiesen und sie deutlich lokalisiert. Sie liegen in ihren «Heimatinstitutionen», in den Arbeitsbedingungen innerhalb der Universitäten. Das jahrelange Auseinanderdriften von zum Teil drastisch steigenden Studentenzahlen und stagnierender bzw. zurückgehender Stellungsausstattung hat in manchen Fächern zu Betreuungsrelationen geführt, die die Arbeitsfähigkeit und Produktivität der geisteswissenschaftlichen Forschung bedrohen. Manche der Massnahmen, sowohl der DFG als auch der Stiftungsinitiative, können geradezu als Versuche gesehen werden, den Defiziten in den Universitäten entgegenzuwirken – z.B. durch die Angebote, eigene Forschungszeit über Freistellungen einzuwerben. So hilfreich dies im Einzelfall jeweils sein kann, so wenig sind die Möglichkeiten der Forschungsförderung geeignet, grundlegende Fehlentwicklungen in den Heimatinstitutionen zu kompensieren.

Eine zweite vom Wissenschaftsrat benannte und von der DFG geteilte Sorge betrifft die Auswirkungen des Wettbewerbs um die Ressourcen in den Hochschulen und der dazu eingesetzten neuen Steuerungsmodelle auf die Geisteswissenschaften. Der Präsident der DFG hat deshalb schon im Jahre 2004 alle Universitätsleitungen dazu aufgefordert, den Faktor Drittmittelinwerbung z.B. nicht undifferenziert anzuwenden, sondern für die einzelnen Wissenschaftsgebiete, insbesondere für die Geisteswissenschaften, angemessene Gewichtungen einzuführen und generell differenzierte fachspezifische Leistungskriterien zu berücksichtigen. Neben einer Gewichtung der Drittmittelspielen bei den Geisteswissenschaften dabei auch die unterschiedlichen Publikationsformen und deren Gewichtung eine Rolle.

Die umfassenden Angebote der Forschungsförderung für die Geistes- und Sozialwissenschaften können nachhaltig also nur wirken, wenn in den Universitäten selbst in vergleichbarer Weise die Notwendigkeiten der Geistes- und Sozialwissenschaften analysiert und zur Geltung gebracht werden.



## «Promotion, was dann?»

Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF)

*Prof. Dr. Katharina Maag Merki, Vizepräsidentin SGBF*

Für den wissenschaftlichen Nachwuchs und weitere Interessierte führte die SGBF im Zusammenhang mit ihrem Jahreskongress am 4. und 5. September 2007 eine Vorkonferenz durch. Das Ziel dieser Vorkonferenz war zum einen, die methodischen Kompetenzen der NachwuchswissenschaftlerInnen zu fördern. Zum anderen sollte ein aktiver Dialog zum Thema «Promotion, was dann?» zwischen NachwuchswissenschaftlerInnen und bereits «etablierten» Bildungswissenschaftler/innen geführt werden.

Am 4. September erhielten die Teilnehmer/innen die Gelegenheit, sich über verschiedene methodische Verfahren der aktuellen empirischen pädagogischen Forschung zu informieren, die wesentlichsten Merkmale der Verfahren kennenzulernen sowie erste Anwendungsschritte vorzunehmen. Das inhaltliche Angebot der Workshops umfasste sowohl quantitative wie auch qualitative Verfahren:

**Workshop 1:** Videoanalysen in der Unterrichtsforschung. *Dr. Christine Pauli und Monika Waldis*

**Workshop 2:** Strukturgleichungsmodelle mit AMOS. *Fred Berger und Karin Stuhlmann*

**Workshop 3:** Entwicklung und Evaluation psychometrischer Skalen mittels des Rasch-Modells. *Prof. Dr. Markus Wirtz und Dipl.-Psych. Maren Böcker*

Am 5. September stand das Thema der Promotion und der wissenschaftlichen Lauf-

bahn im Zentrum. Das Referat von Prof. Dr. Bernard Schneuwly und Prof. Dr. Rita Hofstetter «La thèse en sciences de l'éducation: Passeport d'entrée dans un champ sous tension» führte in sehr differenzierter Weise in die Thematik ein und konnte aufzeigen, welche Bedingungen sich in den unterschiedlichen Regionen (Deutschschweiz, Romandie) als wesentlich für eine wissenschaftliche Laufbahn ergeben.

Unmittelbar anschliessend fand unter der Moderation von Matthis Behrens, Präsident der SGBF, eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen BildungsforscherInnen statt, die unterschiedliche wissenschaftliche Laufbahnen realisiert haben und über die damit zusammenhängenden Entscheide und konstituierenden Merkmale berichtet haben:

*Prof. Dr. Christine Bieri*, Pädagogische Hochschule Zürich

*Dr. Daniel Elmiger*, «Institut de recherche et de documentation pédagogique», Neuchâtel  
*Prof. Dr. Laurent Fillietaz*, Université de Genève

*Dr. Patrick Kunz*, Pädagogische Hochschule St. Gallen

*Prof. Dr. Katharina Maag Merki*, Pädagogische Hochschule Freiburg/Brsg., Deutschland

Insgesamt konnte die erste Durchführung einer Vorkonferenz der SGBF mit Erfolg abgeschlossen werden.



*your Swiss guide to European research*

## Investment in die Spitzenforschung

*Dr. Katja Wirth Bürgel, Euresearch*

*Der Europäische Forschungsrat lanciert Ende Jahr seinen zweiten Call. Diesmal sind etablierte Spitzenforschende angesprochen.*

Mit dem «European Research Council» (ERC) wird im 7. Forschungsrahmenprogramm (FP7) Grundlagenforschung erstmals breit gefördert. Rund 7,5 Milliarden Euro sind bis 2013 dafür vorgesehen, was 15% des gesamten Budgets von FP7 entspricht.

Nach der erfolgreichen Ausschreibung für den ERC *Starting Independent Researcher Grant* Anfang dieses Jahres wird Ende November der erste *Call* für den *Advanced Investigator Grant (Advanced Grant)* lanciert werden.

### Aufruf an etablierte Spitzenforschende

Der *Call* richtet sich an Spitzenforschende aller Disziplinen der Grundlagenforschung. Ebenso wie beim ERC *Starting Grant* sind beim *Advanced Grant* keine Themen vorgegeben (*Bottom-up-Prinzip*). Im Unterschied zum *Starting Grant*, der sich an junge Forschende richtet, sind hier etablierte und anerkannte Forschende angesprochen, die herausragende Beiträge in ihrem Forschungsgebiet geleistet haben.

Es wird erwartet, dass die Gesuchstellenden je nach Disziplin mindestens zehn Publikationen in führenden *Peer-Review-Journals*, mindestens drei bedeutende Monografien und/oder mindestens fünf Patente vorweisen können. Die Erwartungen, die an die potentiellen *Grantees* gestellt werden, sind also hoch. Ein Zeitfenster wie im *Starting Grant* (zwei bis neun Jahre nach dem PhD) gibt es nicht.

Für den ersten *Call* sind rund 512 Millionen Euro reserviert. Die Forschenden können bis zu 2,5 Millionen Euro über maximal fünf Jahre beantragen. 100% der direkten Kosten und eine Pauschale von 20% für indirekte Kosten werden zurückerstattet. Der *Call* wendet sich an Forschende öffentlicher und privater Institutionen.

### Projekteingabe

Die Forschenden bewerben sich zusammen mit ihrer Institution (*Host Institution*), d.h., die Institution muss bereits zum Zeitpunkt der Projekteingabe eine schriftliche Zusage mitliefern. Die Institu-

tion muss sich in einem EU-Mitgliedland oder einem assoziierten Staat (wie die Schweiz) befinden. Die Nationalität der Forschenden und ihrer Teammitglieder spielt hingegen keine Rolle. Die Antragstellenden müssen sich zum Zeitpunkt der Bewerbung auch noch nicht an der (zukünftigen) Institution befinden. Der ERC kann also für Institutionen durchaus ein Mittel sein, Spitzenforschende anzuwerben.

Die Gesuchsteller reichen von Anfang an ein vollständiges *Proposal* von ungefähr 30 Seiten ein. Dieses muss Angaben zum wissenschaftlichen Profil des Forschenden (inklusive CV und *Track Record* über die letzten zehn Jahre), ein wissenschaftliches *Proposal* und Informationen zur Institution enthalten. Details zum *Proposal* können dem *Work Programme* und dem *Guide for Applicants* entnommen werden; beide Dokumente werden in Kürze auf den Websites von Euresearch und Cordis verfügbar sein.

Für den *Call* gibt es fünf Deadlines, von Februar bis Juni 2008, abhängig von der Disziplin.

## Evaluation

Die Evaluation der *Proposals* erfolgt über einen *Peer-Review*-Prozess, durchgeführt von 25 thematischen Panels. Der Prozess ist zweistufig, d.h., in einem ersten Schritt wird nur der erste Teil des *Proposals* ange-

schaht und bewertet. In einem zweiten Schritt werden alle *Proposals*, deren Benotung über einem gewissen Schwellenwert liegt, vollständig ausgewertet. Das einzige Evaluationskriterium ist wissenschaftliche Exzellenz, wobei sowohl die Exzellenz des Forschenden als auch die des Projektes von Bedeutung sind.

## Hintergrund

Das Ziel des ERC ist es, in die Spitzenforschung in Europa zu investieren. Das gesamte europäische Forschungssystem soll gestärkt und insbesondere sollen auch die nationalen Forschungsförderungsinstitutionen herausgefordert werden. Neue Ideen und unvorhersagbare wissenschaftliche und technologische Entdeckungen sollen möglich sein. Diese können langfristig die Basis für neue Entwicklungen, Innovationen und Märkte bilden und Europa als führenden Forschungsplatz etablieren.

---

### Weitere Informationen:

Dr. Katja Wirth Bürgel, National Contact Point ERC, Euresearch Head Office, Bern  
Tel.: 031 380 60 18

E-Mail: [katja.wirth@euresearch.ch](mailto:katja.wirth@euresearch.ch)

[www.euresearch.ch/erc](http://www.euresearch.ch/erc)

[erc.europa.eu/](http://erc.europa.eu/)

[cordis.europa.eu/](http://cordis.europa.eu/)

---

## Halbzeit für das Historische Lexikon der Schweiz

*Am Dienstag, 16. Oktober 2007, wurde in Basel der 6. Band des Historischen Lexikons der Schweiz (HLS) zur Schweizer Geschichte auf Deutsch, Französisch und Italienisch vorgestellt. Er umfasst die Buchstaben H bis J und beinhaltet unter anderem grosse Artikel zu Italien und zur italienischen Schweiz.*

Ein Jahr nach dem 5. Band ist planmässig der 6. Band des dreisprachigen Nachschlagewerkes zur Schweizer Geschichte erschienen. Damit sind bis heute gesamthaft 18 Bände, 3 mal 6 Bände in den drei Landessprachen, oder knapp die Hälfte der 13 Bände erschienen. Am Dienstag hat der Präsident des HLS-Stiftungsrates, der Berner alt Regierungsrat Peter Schmid, in Basel die drei Bücher vorgestellt und der Öffentlichkeit übergeben. Der 6. deutsche Band umfasst den Buchstabenbereich «Haab» bis «Juon», zählt 860 Seiten und wird wie seine Vorgänger vom Basler Verlag Schwabe AG herausgegeben.

Der vorgesehene Jahresrhythmus der Drucklegung wird weitergeführt. Der 7. Band wird voraussichtlich im Herbst 2008

erscheinen. Der 8. Band wird zurzeit von der Redaktion bearbeitet. Die elektronische Publikation, das e-HLS ([www.hls.ch](http://www.hls.ch)), bietet zurzeit mehr als 61 000 Artikel oder rund 56% aller vorgesehenen Artikel unentgeltlich an. Im e-HLS finden sich auch Beiträge, die noch nicht gedruckt sind, z.B. die Artikel aus dem 7. und 8. Band.

Der 6. Band kostet wie seine Vorgänger in jeder Sprachausgabe je Fr. 298.– (Richtpreis) und kann über den Buchhandel oder direkt beim Verlag bezogen werden.

## Neue Kompetenzen erwerben: Weiterbildung für Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen im kulturellen Bereich

Der Weg zum Publikum: Marketing, Pressearbeit und Mittelbeschaffung im Kulturbereich. Kursdaten: 4./5., 11./12., 18./19., 25./26. April 2008

*Diese Weiterbildung wird von Herrn Dr. Thomas Schmutz geleitet, Mitglied und Webmaster der Vereinigung der Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker in der Schweiz.*

*Der vorliegende Ausbildungsgang wird auf Französisch an der Universität Neuenburg seit 1999 mit grossem Erfolg durchgeführt. Dieser Kurs wird zum zweiten Mal in deutscher Sprache angeboten. Kursort ist das neue Ausbildungszentrum in Freiburg.*

### Inhalt und Ziel des Kurses

Die kulturellen Institutionen sehen sich heute neuen ökonomischen Herausforderungen gegenüber. Immer öfter müssen sie private Sponsoren suchen oder ihre Projekte kantonalen oder eidgenössischen Stellen unterbreiten. Daher sollten sie Produkte von hoher Qualität entwickeln, die Sponsoren sowie dem Publikum verkauft und vermittelt werden können. Die meisten kulturellen Institutionen erfüllen ihre Aufgabe im Rahmen eines politischen oder administrativen Mandats. Die Vermarktung der Kultur bedingt nicht nur einen Service für bestimmte Teile der Bevölkerung, sondern muss meistens auch den Anforderungen eines öffentlichen Auftrags genügen.

Ziel des Kurses ist, einen Überblick über Marketinginstrumente, PR-Strategien und Methoden der Mittelbeschaffung im Hinblick auf die Gestaltung eines optimalen Angebots zu geben. Inhalte sollen publikumsgerechter vermittelt werden können. Themenschwerpunkte sind die aktuellen Entwicklungen, denen die kulturellen Institutionen ausgesetzt sind. Die Refe-

rierenden sind erfahrene Spezialisten auf ihrem Gebiet. Sie vermitteln theoretisches Wissen und praktische Vorgehensweisen.

### Publikum

Der Kurs richtet sich an alle Personen, die beruflich mit Marketing, Pressearbeit und/oder Mittelbeschaffung zu tun haben, bspw. Führungspersonen und Mitarbeitende von Museen, Stiftungen, Galerien, Kulturzentren, Bibliotheken, Theatern, Vereinen, Festivals etc. sowie an Personen, die in Organisationen und Verwaltungen mit kulturellem Auftrag arbeiten.

### Weitere Informationen:

*Dr. Thomas Schmutz, Institut d'Histoire de l'Art et de Muséologie, Université de Neuchâtel, Espace Louis-Agassiz 1, 2000 Neuchâtel*

*E-mail: thomas.schmutz@unine.ch*

*Telefon: 078 698 00 61*

*www.unine.ch/foco*

Ich interessiere mich für die Aktivitäten der SAGW. Bitte senden Sie mir:  
Les activités de l'Académie m'intéressent. Faites-moi parvenir:

**Nachhaltigkeitsforschung – Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften**  
Publikation im Rahmen des Schwerpunktes «Nachhaltige Entwicklung» der SAGW, Bern, 2007

Karénina Kollmar-Paulenz: **A propos de la différenciation d'un domaine autonome «religion» au 17<sup>e</sup> et au 18<sup>e</sup> siècles: l'exemple des Mongols**  
Conférence de l'Académie, Cahier XVI, édition ASSH, Berne 2007

**Jahresbericht 2007 der SAGW**  
**Rapport annuel 2007 de l'ASSH**

Den monatlichen **Newsletter** an folgende E-Mail-Adresse:

\_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir den Newsletter nicht mehr (E-Mail-Adresse oben eintragen)

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Institut/Firma \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Bitte streichen Sie obenstehende Adresse aus dem Bulletinverteiler.

### Einsenden oder faxen (031 313 14 50) an:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)  
Postfach  
Hirschengraben 11  
3001 Bern

Bei Fragen gibt die Akademie unter 031 313 14 40 oder sagw@sagw.ch gerne Auskunft.  
Für weitere Informationen und Termine:  
www.sagw.ch www.assh.ch

## Generalsekretariat

Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern  
Tel. 031 313 14 40, Fax 031 313 14 50  
www.sagw.ch, www.assh.ch  
E-Mail: sagw@sagw.ch

Zürcher Markus, Dr., Generalsekretär markus.zuercher@sagw.ch	031 313 14 40
Hofer-Weyeneth Annemarie, Chefin Personal und Finanzen annemarie.hofer@sagw.ch	031 313 14 40
Ambühl Daniela, Öffentlichkeitsarbeit daniela.ambuehl@sagw.ch	031 313 14 52
Birbaumer Nadja, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique, Section II nadja.birbaumer@sagw.ch	031 313 14 47
Immenhauser Beat, Dr., Wiss. Mitarbeiter, Sektion III beat.immenhauser@sagw.ch	031 313 14 53
Indermühle Gabriela, Administration gabriela.indermuehle@sagw.ch	031 313 14 42
Kohler Christine, Administration christine.kohler@sagw.ch	031 313 14 43
Kübli Beatrice, Öffentlichkeitsarbeit beatrice.kuebli@sagw.ch	031 313 14 51
Quadri Delphine, Administration delphine.quadri@sagw.ch	031 313 14 48
Stoffel Martine, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique martine.stoffel@sagw.ch	031 313 14 55
Zbinden Marlis, lic. phil. hist., Wiss. Mitarbeiterin, Sektion I marlis.zbinden@sagw.ch	031 313 14 46

